# ROTFUCHS

Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Zwei deutsche Gründungstage - wie damit umgehen?

# Das Jubiläumsjahr

1999 ist für die Deutschen ein Jahr der Jubiläen. Begangen werden-je nach Standort und Gesinnung - der 50. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland und der 50. Gründungstag der Deutschen Demokratischen Republik.

Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz der BRD in Kraft, wurde mit der Ausrufung des westdeutschen Separatstaates die bereits währungspolitisch vorbereitete Spaltung Deutschlands vollendet. Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb, lautete Adenauers Devise. Ein folgenschwerer Schritt, stellte sich das Deutschland der Globkes, Heusingers, Speidels und Oberländers doch von Beginn an in die Tradition seines "Rechtsvorgängerstaates", des 3. Deutschen Reiches. Zu ihr gehörte auch das schon im August 1956 verhängte Verbot der KPD. Gegen hunderttausende Antifaschisten wurde ermittelt, gegen zehntausende strafrechtlich vorgegangen, tausende warf man in die Gefängnisse. Von der mit McCarthys Amerika synchronisierten Ära Adenauers spannt sich der Bogen über den Mord an Benno Ohnesorg, den Radikalenerlaß, die Berufsverbote, die Notstandsgesetze, die Isolationsfolter und die Polizeieinsätze gegen Friedensbewegung, Autonome Antifa und Anti-Atom-Demonstranten bis hin zur rechtbeugenden und rechtbrechenden Strafverfolgung nach der Konterrevolution vor Gericht gestellter DDR-Bürger.

Natürlich muß man auch die andere Seite der Medaille sehen: Die BRD ist heute - in ihrem Westteil - ein hochentwickeltes Land und die wirtschaftlich stärkste Macht Europas. Ihre werktätigen Bewohner - darunter Millionen am Aufbau beteiligte ausländische Mitbürger - haben in fünf Jahrzehnten BRD-Geschichte persönlich Großes geleistet und so manches erkämpft.

Doch es gibt keinen Grund, das durch die Annektion der DDR noch mehr aufgeblasene imperialistische Deutschland von Henkel und Hundt, Daimler und der Deutschen Bank, in dem neonazistische Parteien zum "Demokratie"-Spiel gehören, Ausländerhaß grassiert, der Große Lauschangriffpraktiziert wird und sich Parlament wie Regierende zu weltweiten Militäreinsätzen der Bundeswehr bekennen, als Staat zu feiern. Soll man millionenfache Arbeitsund Wohnungslosigkeit, Kinderelend und Frauenbenachteiligung, will man das Fehlen der sozialen Menschenrechte auch noch würdigen?

Das 1999 anstehende BRD-Jubiläum ist für unsereinen wohl kaum ein festlicher Anlaß. Nicht der Vergeßlichkeitsseuche und dem Entschuldigungsvirus Verfallene aber werden in diesem Jahr ein anderes Ereignis begehen: den 50. Gründungstag der DDR. Sie entstand nicht als Spaltungsakt, sondern als Antwort auf die Spaltung. Sie war der erste deutsche Friedensstaat. Sie wurde auf den Trümmern des Faschismus geschaffen und blieb Zeit ihrer Existenz ein Hort des Antifaschismus. Sie war ein Staat der arbeitenden, nicht aber der ausbeutenden Klasse. Sie war kein bürgerlich-kapitalistischer Rechts-Staat, sondern ein sozialistischer Staat des Rechts auf Arbeit, auf Kinderbetreuung, auf Bildung, auf Wohnen, auf Gesundheit, auf Gleichstellung von Mann und Frau.

Die reale DDR glich keinem biblisch-traumgezeugten Paradies. Der Sozialismus, dessen Aufbau eine ganze historische Epoche umfaßt, trug auf manchen Gebieten erst embryonale Züge oder noch die Narben des Alten. Objektive Grenzen und subjektive Unzulänglichkeiten hinderten oft am rascheren Voranschreiten. Und doch war die DDR besser, menschlicher und wohnlicher eingerichtet als jedes andere Deutschland davor und danach.

Aber unser Staat kann seinen 50. Jahrestag nicht erleben. Sein Verschwinden - die Folge einer Verkettung innerer und äußerer Ursachen - ist ein schwerer Verlust für Deutschland, für Europa und für die Welt.

Eine Niederlage ist kein Grund zum Feiern. Ein Grund zur Besinnung allemal. Zur Rückbesinnung auf Gewesenes und Verlorenes. Und zum Kampf. Für eine neue deutsche demokratische Republik.

Klaus Steiniger



Das Jubiläumsjahr * 50. Gründungstag der DDR un	S. 1 d BRD
"Zwangsvereinigung"?	S. 2
Gedanken einer Pionierleiteri	n S.3
Schock eines Briefträgers * Erinnerungen an Wilhelm Piec	<b>S. 4</b>
Gläserne Blume in Gefahr	S. 5
Wider den Zeitgeist	S. 5
Was ist die DKP Berlin Nordos	t? S. 6
Nachdenken über Hans Modrow S. 7	
"Staatstheoretisches" Lothar Biskys Gastspiel bei Spri	S. 8
"Demokratiedefizite"?	S. 9
Nachdenken über Begriffe	S. 10
Marxismus und nationale Frage S. 11	
Seit Juli 1997 in Haft: General- leutnant a.D. Karl Leonhardt	S. 12
Neues aus Knopps Giftküche	S. 13
Angst vor dem Euro?	S. 14
Vom "Glück" der Armen	S. 15
Über Antisemitismus und Antisowjetismus	S. 16
Aus einem Interview mit	
Gennadi Sjuganow	S. 17
FKP revidiert ihre Geschichte	S. 18
Zur MOSSAD-Legende	S. 18
Cuba - Sorge und Solidarität	S. 19
Reporterskizzen * Die Bitte des Konsuls	S. 20
Am Rande bemerkt * Kunst, Kultur und Politik	S. 21
Leserbriefe	S. 21
Infos & Anzeigen	S. 24

Seite 2 RoTFucus/Dezember 1998

### Im 50. Jahr nach Gründung der sozialistischen DDR

# Zwang zur Vereinigung oder "Zwangsvereinigung"?

Man kann dessen gewiß sein: 1999 - im 50. Jahr nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik - werden jene besonderen Eifer entfalten, denen die Delegitimierung des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden nach wie vor dringlichstes Bedürfnis ist. Und es ließen sich Wetten darauf abschließen, daß sie dazu auch auf ein Ritual zurückgreifen, wie es von ihnen traditionell zelebriert wird: In jedem ersten Quartal stimmt man das Klagelied über eine 1946 vollzogene "Zwangsvereinigung" der SPD mit der KPD an; eine Art Vergewaltigung, mittels derer das historische Monster SED gezeugt wurde. Und die Erben der seinerzeit "zwangsvereinigten" Sozialdemokratie fordern von den Nachfolgern des damaligen "kommunistischen Wechselbalges" - für die sie groteskerweise die PDS halten - Entschuldigung und dauerhafte Reue.

Dieses Rührstück von Abbitte-Verlangen des einen und tränenreicher Zerknirschtheit des anderen Mitspielers auf der politischen Bühne hat - wenn man von der Infamie und Verlogenheit seiner Inszenierung einmal absieht - durchaus einen drolligen Aspekt: Von den agilsten seiner Akteure nahmen die meisten damals am Vorgang selbst gar nicht teil. Das Mitwirken oder Miterleiden - je nachdem - blieb ihnen aus biologischen Gründen verwehrt. Sie befanden sich nämlich noch im zarten Kindesalter. So zählte der mecklenburg-vorpommersche SPD-Chef und nunmehrige Landesvater Ringstorff im "Zwangsvereinigungsjahr" gerademal fünf Lenze. Und der sich in dieser Angelegenheit besonders reumütig gebärdende PDS-Vorsitzende Bisky brachte es gar nur auf ganze zwei Lebensjahre. Woraus zu schlußfolgern wäre: Das traumatische Erlebnis "Zwangsvereinigung" wurde solchen Leuten nur aus zweiter oder dritter Hand zuteil - durch die Lektüre entsprechend tendenziöser "Geschichts"schreibung oder aus Erzählungen damaliger Gegner einer Einheitspartei der Arbeiterklasse (die es - als Minderheit natürlich auch gab). Die Deutungsherrschaft über eine parteigeschichtliche Zäsur beanspruchen mithin Zeitzeugen, die 1946 - mit Verlaub - sozusagen als Hosenmätze mitten im Geschehen sa-Ben.

Ich war 1946 als junges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in meiner Heimatstadt Chemnitz nicht nur Zaungast, sondern aktiv Beteiligter an eben jener "Zwangsvereinigung".

Der Zwänge gab es viele, die mich wie die anderen meiner SPD-Genossen veranlaßten, nicht nur gleich den Kommunisten "Brüder, in eins nun die Hände …" zu singen, sondern die organisatorische Einheit in einer gemeinsamen Partei anzustreben und zu verwirklichen.

Daß der Drang zur Vereinigung keineswegs nur bei KPD-Mitgliedern bestand (unter denen sich, nebenbei gesagt, vereinzelt ebenfalls Einheits-Widerspenstige fanden!), sondern nicht minder dem Verlangen innerhalb der SPD entsprach, hatte mit den sehr handfesten und äu-Berst schmerzhaften Erfahrungen des eben durchlebten Jahrdutzends zu tun. Oft wurde ich in den Wochen vor dem Vereinigungsparteitag Augen- und Ohrenzeuge, wenn ältere meiner sozialdemokratischen Genossen aus ihrem eigenen Schicksal beschwörend die Forderung ableiteten: nie wieder neben - oder gar gegeneinander, um erst im Zuchthaus oder KZ zu begreifen, daß man nur gemeinsam dem gemeinsamen Feind trotzen kann. Bei manchem standen vier, sechs, zehn oder noch mehr Haftiahre hinter solcher Erkenntnis. Auf den Unterarmen eintätowierte KZ-Häftlingsnummern mahnten an sie ebenso wie das Erinnern an einstige Weggenossen, die auf dem Schafott oder am Galgen zu Tode gebracht worden waren. Nicht zuletzt besaß das Schicksal Rudolf Breitscheids und Ernst Thälmanns für die Mitglieder beider Parteien Symbolgehalt für Gemeinsames.

Obwohl damals erst 18jährig, hatte auch ich schon Erfahrungen sammeln müssen, die mich engagiert für das Zusammengehen von SPD und KPD Partei ergreifen ließen: Im Krieg waren meine Mutter und mein Vater ums Leben gekommen. Als Waisenkinder wurden wir drei Geschwister auseinandergerissen. Mit 17 Jahren kam ich als Soldat an die Front, war dann Verwundeter, schließlich Kriegsgefangener. Viele zwingende Gründe über das "Warum?" - also die Ursachen - und das "Wie weiter?" nachzudenken.

Bleibende Wundmale an Körper und Seele waren Sozialdemokraten wie Kommunisten gleichermaßen von den faschistischen Barbaren zugefügt worden. Teuer mußte bezahlt werden, daß beide Arbeiterparteien sich vor 1933 mehr untereinander bekämpft als dem heraufziehenden Faschismus gemeinsam Einhalt geboten hatten. Das Streben nach der Arbeiter-Einheitspartei war für die einst verfeindeten Brüder eine Lehre - wenn man so will: zwingende Lehre! - aus der für jeden von ihnen leidvollen Vergangenheit.

Sie wurde zum kategorischen Imperativ in nicht geringerem Maße durch die Gegenwart: Bei jedem Gang durch unsere von Bomben zu großen Teilen zerstörte oder schwer gezeichnete Heimatstadt, bei jedem Blick in die verhär mten Gesichter ihrer Bewohner bedurfte es keiner "ideologischen Infiltration", um zu begreifen: ohne gechlossenes Handeln der stärksten sozialen Kraft - also der Arbeiterklasse und ihrer Parteien - bliebe das "Auferstehen aus Ruinen" pure Illusion.

Das Bestreben, sich zu einer Partei zu vereinigen, entsprach dem vitalen Interesse von Sozialdemokraten und Kommunisten. Die offenkundige Förderung, die es seitens der sowjetischen Besatzungsmacht erfuhr, verwandelt das Ereignis keineswegs in einen "Coup Moskaus" - auch wenn das heutige Geschichtsumdeuter noch so angestrengt behaupten. Wobei sie wissentlich verschweigen, daß zeitgleich kein Mangel war an Beispielen, wie die Besatzungsmächte in den Westzonen jegliche Vereinigungstendenzen (die u.a. in Süd-Baden, Hamburg, Braunschweig und Hannover stark waren) mit Verboten unterbanden - assistiert von solchen sozialdemokratischen Führern wie Kurt Schumacher.

Es ist ohnehin augenfällig, daß Zwangsvereinigungs-Ankläger wie - "Bereuende" sich die Mühe ersparen, historische Zusammenhänge und Ursachen zu hinterfragen. Das Raster ihrer schlichten Betrachtungsweise ist so grob strukturiert, daß zeitgeschichtliche Fakten glatt durchfallen. Solche z.B.: Wie der jeglicher Sympathie für Kommunisten unverdächtige westdeutsche Historiker Hermann Weber in seinem "Grundriß der DDR-Geschichte"

(S. 22/23) resümiert, schien der KPD (!) -Spitze Mitte 1945 eine Verschmelzung mit der SPD noch "nicht opportun", obwohl "eine einheitliche Arbeiterpartei damals von breiten Kreisen gewünscht wurde". Erst ab Spätherbst jenes Jahres sei die Führung der KPD für eine schnelle Vereinigung beider Parteien eingetreten. Im Gegensatz dazu habe ein "Berliner Zentralausschuß der SPD" sofort nach seiner Gründung im Juni 1945 "in der Einheit der Arbeiterbewegung, also auch in der Schaffung einer Einheitspartei" die "Voraussetzung für Demokratie in Staat und Gemeinde und Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft" gesehen.

Da könnte man ja fast in Versuchung geraten, die "Zwangsvereinigungs"-Initiatoren nicht in der kommunistischen, sondern vielmehr in der sozialdemokratischen Ecke zu suchen.

Aber halten wir uns an Tatsachen. Am 19. April 1946 tagten in Berlin - und zwar getrennt - der 15. Parteitag der KPD und der 40. Parteitag der SPD. Die ordentlich gewählten Delegierten nicht nur des kommunistischen, sondern auch des höchsten sozialdemokratischen Parteigremiums faßten einmütig den Beschluß zur Vereinigung. Vorangegangen waren dem übrigens - auch bei H. Weber nachzulesen - schon im Februar 1946 "auf Kreisebene" erfolgte erste Zusammenschlüsse; bereits am 7. April vollzogen dann in allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone auf Landes-bzw. Provinzialparteitagen die jeweiligen Organisationen von SPD und KPD die Vereinigung. Ob aber nun an der Basis, auf Landesebene oder im zentralen Maßstab: Der Schritt in die gemeinsame, die Einheitspartei erfolgte mit dem eindeutigen Votum der Mitglieder- oder Delegiertenmehrheit jedes beteiligten Partners.

Aber das schert die "modernen" Ankläger in SPD-Führungszirkeln offenbar ebensowenig, wie es gewisse Reformer an der PDS-Spitze dazu veranlassen könnte, gegen derart dreiste Geschichtsklitterung anzugehen. Ganz im Gegenteil. Die derzeitigen PDS-Meinungsführer reagieren auf die erpresserisch vorgetragenen Forderungen nach Distanzierung von der und Entschuldigung für die "Zwangsvereinigung" mit geradezu neurotischem Waschzwang. An bußfertigen Bekenntnissen, mit denen sie sich vom "Makel" der SED-Erbin zu säubern versuchen, ist kein Mangel. Und so könnten die periodischen Entschuldigungsrituale der "Reformer" diese Partei auf eine Weise - wie mit der angekündigten Programmdiskussion verheißen - "neu formieren", daß man hinter den Initialen PDS schließlich eine Partei Demütiger Sünder zu vermuten hätte.

#### Wolfgang Clausner

Zum 50. Jahrestag der sozialistischen Kinderorganisation

# Gedanken einer Pionierleiterin

"So setzt ihr fort, was uns zu Menschen macht: Gebt auf die Arbeit und die Kinder acht. Das macht uns die Natur zur Lebenspflicht: Verderbt die Arbeit und die Kinder nicht. Der Sinn von beidem liegt bei uns allein. Sie können Fluch - sie können Segen sein."

Dieser Vers Heinz Kahlaus fiel mir in die Hände, als mich kürzlich meine 11jährigen Enkelkinder baten, ihnen Fotos von Pionieren zu zeigen und möglichst auch aus der Zeit, in der ich selbst als Pionierleiterin tätig war. Ich erfüllte ihnen den Wunsch und erzählte, die Pionierorganisation "Ernst Thälmann sei fast gleichaltrig wie ich und am 13. Dezember 1948 - also vor 50 Jahren gegründet worden. Ich selbst sei sehr gerne Pionier gewesen. Dann berichtete ich von der Timur-Hilfe, von spannenden Pionierlagern, von fröhlichen Kindern, die keine arbeitslosen Eltern hatten und nie einen Bettler zu Gesicht bekamen. Ich erzählte ihnen auch, daß ich mich frühzeitig entschlossen hätte, Pionierleiterin und Lehrerin zu werden. Dem fügte ich hinzu, ich sei sehr traurig, daß ich nicht erleben dürfe, daß auch sie eines Tages das Halstuch der Jung- und Thälmann-Pioniere tragen könnten.

Ich schilderte meine Erlebnisse in der Pionierrepublik "Wilhelm Pieck" am Werbellinsee, deren heutiges Schicksal bekannt ist. Nach einem Besuch dieses Kinderparadieses hatte Chiles KP-Generalsekretärin Gladys Marin gesagt: "Nichts kann die Größe eines Volkes in so wunderbarer Form zeigen wie diese Pionierrepublik, wo Kinder aus der ganzen Welt vereint sind

... Durch die Freude, den Gesang, das Spiel erzieht man sie dazu, ihr Vaterland zu lieben und das Beste der Menschheit zu verteidigen. Diese Pionierrepublik ist die lebendige Wirklichkeit, die wir in Zukunft allen Völkern der Erde wünschen".

Ich sprach mit meinen Enkeln auch über ihren Uropa, der im faschistischen Konzentrationslager war und wie Ernst Thälmann gefangengehalten wurde, aber im Unterschied zu ihm die Befreiung erlebte und dann mithalf, die Pionierorganisation ins Leben zu rufen. Ich hatte sogar noch eine Ausgabe der Pionierzeitung "Die Trommel" von 1958 zur Hand, die ein Bild brachte, das meinen Vater im Gespräch mit Pionieren zeigte. Ernst fragten mich die Elfjährigen, warum wir es denn zugelassen hätten, daß es in der Welt jetzt so unfriedlich geworden sei? Im Suchen nach einer Antwort kam mir Thälmann in den Sinn: "Wer seine Erinnerungen pflegt, stärkt seine Widerstandskraft gegen kommende Schicksalsschläge. Unermeßlich sind die Kräfte, die uns aus der Erinnerung an stolze und gehobene Momente und Tatsachen unserer Vergangenheit zuströmen."

In diesem Geiste werden wir weiterkämpfen. Das konnteich meinen Enkeln versprechen.

Monika Kauf

### Nach Redaktionsschluß:

Die USA-Staatsterroristen sind erneut mit ihrer "sauberen" Kriegsmaschine über Irak hergefallen. Militärschlag heißt heute das imperialistische Wort für Aggression. Abscheu und Verachtung gelten den Mördern in Washington und London, aber auch ihren Komplizen in Bonn und anderswo.

### Wagenknecht in "Straight Left"

Die in London erscheinende linke Monatsschrift "Straight Left" brachte in ihrer Novemberausgabe das "RotFuchs"-Interview Hartwig Strohscheins mit Sahra Wagenknecht in der Übersetzung unserer britischen Leserin Pat Turnbull.

#### Erinnerungen an Wilhelm Pieck

# Schock eines Briefträgers

Das 50. Jahr seit Gründung der DDR ruft Erinnerungen an unseren ersten Arbeiterpräsidenten Wilhelm Pieck, der am 3. Januar 1876 in Guben geboren wurde, ins Gedächtnis zurück.

Ich selbst habe als junger Mitarbeiter der Präsidialkanzlei im Schloß Niederschönhausen "unseren Wilhelm", wie ihn viele nannten, unmittelbar erlebt. Seine menschliche Wärme und Herzensgüte, sein Ver-

ständnis für die Sorgen und Probleme der Menschen in schwerer Nachkriegszeit haben ihn zu einem wahren Landesvater werden lassen.

Täglich wandten sich Bürger mit Anliegen, Hinweisen, Erklärungen - meist schriftlich - an den Präsidenten. Die Flut von Briefen war ein Ausdruck des Vertrauens zu Wilhelm Pieck. Zwei Mal täglich brachte die Post riesige Säcke zu uns. Die Eingaben reichten vom Wohnungsantrag über den Wunsch nach Erteilung einer Gewerbegenehmigung oder die Gewährung eines Bezugsscheins für Babywindeln bis zu der

Bitte an den Präsidenten, sich für die beschleunigte Entlassung eines Angehörigen aus der Kriegsgefangenschaft einzusetzen. "Einfallsreiche Erfinder" beschwerten sich darüber, daß man ihr "Perpetuum mobile" nicht als Patent hatte registrieren wollen.

Die Tätigkeit in der Nähe von Wilhelm Pieck war für uns alle eine Schule der kommunistischen Erziehung. Der Präsident gehörte zur SED-Grundorganisation der Präsidialkanzlei und nahm regelmäßig an deren Versammlungen teil. Einmal geschah es, daß er verspätet erschien. Jeder wußte, daß Wilhelm Pieck an diesem Tag einen Botschafter zum Antrittsbesuch empfing. Während ein Genosse gerade am Rednerpult stand, betrat der Präsident leise den Saal und setzte sich auf einen freien Stuhl in den hinteren Reihen. Er wartete die Pause ab, meldete sich dann zu Wort, um sein Zuspätkommen zu erklären. Die kleine Szene war typisch für die Disziplin und die Achtung gegenüber den Genossen des Kollektivs.

Einen besonders warmen und herzlichen Ton hatte Wilhelm Pieck im Umgang mit Kindern und Jugendlichen Jedes Jahr wurden die Kinder der Mitarbeiter seiner Kanzlei von Wilhelm Pieck zur Weihnachtsfeier eingeladen. Dann gab es Pfefferkuchen und Kakao. Märchenspiele wurden aufgeführt. Natülich erhielt jedes Kind seinen bunten Teller und ein kleines Geschenk. Den Ruprecht, den Nikolaus, Väterchen Frost oder den Weihnachtsmann - alles in

einem - machte ich. Ich erinnere mich noch gut daran, wie ich die Kinder aufforderte, gemeinsam ein Weihnachtslied zu singen. Wilhelm Pieck wartete nicht ab, bis es angestimmt wurde, sondern rief in den Saal: "Der Weihnachtsmann könnte es uns doch erst einmal vorsingen". Während der Präsident Beifall bekam, mußte ich ran.

Der Präsident übernahm bei der Geburt des fünften Kindes einer Familie die Ehrenpa-



Wilhelm Pieck inmitten von Pionieren

tenschaft. Eines Tages erhielt ich den Auftrag, die persönliche Übergabe seines Patengeschenks an die Familie eines Arbeiters aus den Berliner Bremsenwerken vorzubereiten. Damals gab es für das Staatsoberhaupt der DDR bei solchen Anlässen erfreulicherweise noch keine "roten Teppiche". Das Protokoll war äußerst bescheiden. Sicherheitsabsperrungen, wie sie später in Mode kamen, kannte man zu dieser Zeit noch nicht. Im Falle Wilhelm Piecks bestand dafür auch kein Grund. Der beste Schutz waren seine Popularität und Beliehtheit

Als der Präsident nun die Treppe des Hinterhauses in der Holteistraße emporstieg, kam ihm unversehens ein Briefträger entgegen. Dieser blieb wie angewurzelt stehen. Er war nicht mehr der jüngste und hatte sein Amt sicherlich schon zu früheren Zeiten unter anderen Obrigkeiten verrichtet Nachdem er sich vom Schock des plötzlichen "Zusammenpralls" mit dem Staatschef erholt hatte, fragte er, um sicher zu gehen. "Das ist doch nicht möglich! Wilhelm Pieck? Unser Präsident?"

Wilhelm reichte ihm die Hand und ging erst weiter, nachdem er sich bei dem Manne nach dessen Arbeit und der Familie erkundigt hatte. Als wir das Haus in der Holteistraße verließen, wartete nicht nur der Briefträger vor der Tür. Die halbe Straße war - durch den Postmeister vom Präsidenten-Besuch informiert - zusammengelaufen. Wilhelm Pieck mußte viele Hände schütteln und eine Menge guter Wünsche entgegennehmen, bevor wir abfahren konn-

Für Wilhem Pieck gab es keine Isolierung auf "hoher Ebene" Selbstverständlich nahm er das Mittagessen stets mit seinen Genossen im Kasino der Präsidialkanzlei ein.

Jede Woche kam ein neuer "Augenzeuge" heraus. Wilhelm Pieck sah sich die DEFA-Wochenschau regelmäßig an. Im Schloß war ein kleiner Kinoraum mit 25 Plätzen

> eingerichtet worden. Zu den mit Spannung erwarteten Vorführungen konnte von uns kommen, wer Zeit und Lust hatte. Keiner war ausgeschlossen, weder der Gärtner noch die Küchenfrau

> Eines Tages brauchten wir für die Wandzeitung der FDJ-Gruppe - ich weiß nicht mehr den Anlaß - einen Artikel und glaubten, Wilhelm könne ihn am besten schreiben. Wir trugen den Wunsch an ihn heran. Es dauerte nur wenige Tage, als er mich - den FDJ-Sekretär - zu sich bat, mir seinen Beitrag überreichte und die Frage stellte, ob ich so damit einverstanden sei. Zu

meiner Verblüffung war der Artikel eigenhändig geschrieben. Das handschriftliche Original hängten wir dann an die Wandzeitung.

Zu seinem 75. Geburtstag wollten wir unserem Präsidenten eine ganz besondere Freude machen. Wir berieten uns mit seiner Tochter Elli Winter. Sie "verriet" uns, daß er dringend einen neuen Wintermantel benötige. So wurde im Kollegenkreis gesammelt, ein schwarzer Mantelstoff besorgt, alles hübsch eingepackt und Wilhelm Pieck das Geschenk an seinem Geburtstag überreicht. Wie sehr er sich darüber gefreut hatte, wurde uns erst so richtig bewußt, als er eine Gewerkschaftsversammlung zum Anlaß nahm, sich nochmals bei allen zu bedanken. In "unserem" Mantel betrat er den Saal und sagte, er freue sich, uns das "gute Stück" nun vorführen zu können "Das ist der Mantel aus Eurem Geburtstagsstoff."

1953 erkrankte der Präsident schwer. Trotz intensiver Behandlung und längerer Kuraufenthalte in der Sowjetunion blieb er geschwächt. Am 7 September 1960 starb Wilhelm Pieck in Berlin. Sein Leichnam wurde im Großen Saal des ZK-Gebäudes am Werderschen Markt aufgebahrt. Tausende zogen an seinem Sarg vorüber. Unter denen, die am Katafalk des verstorbenen Präsidenten Ehrenwache hielten, war auch ich. Es bleibt einer der bewegendsten Augenblicke meines Lebens.

Kurt Andrä

# Herbert Kelle, ehemaliger Leiter des Sekretariats der Volkskammer, schreibt für "RotFuchs"

# Gläserne Blume in Gefahr

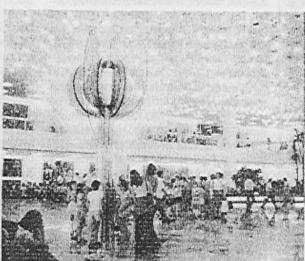
Inmitten des Palasts der Republik, der als Haus des Volkes und der Volkskammer durch die Bevölkerung Berlins und der DDR angenommen wurde, errichteten

Künstler und Bauleute ein Monumentalwerk von großer Schlichtheit als Symbol der Lebenszuversicht und Lebensfreude: Die Gläserne Blume. Ungezählt waren die Verabredungen und Begegnungen, die Küsse und Tränen, die Freude und das Hallo rund um die "Blume", wie man sie einfach nannte. Millionenfach.

Hiertraf man sich vor Beginn kultureller Veranstaltungen im Großen Saal, im TIP, in den Ausstellungsräumen oder zu einem Besuch der vielen Restaurants. Von der "Blume" ging man zum Jugendtanz, zum Bowling oder besichtigte die von 16 namhaften Künstlern geschaffene Galerie aus Dauerleihgaben

und die ständig wechselnden Blumenarrangements. Andere wieder erfreuten sich allein an der stilvollen und modernen Architektur und Ausgestaltung des Hauses an der Spree - errichtet auf einem Platz, der einst das im Krieg zerstörte Kaiserschloß getragen hatte.

Kamen ausländische Besucher privat, mit Delegationen oder als Teilnehmer internationaler Veranstaltungen in unser Land unter ihnen befanden sich Parlamentarier aus allen Erdteilen - dann weilten sie meist auch im Palast. Die Blume aus Stahl und



Glas - ein Werk von großer künstlerischer Ausstrahlung - wurde durch fast alle, die sie in Augenschein nahmen, in ihrem ästhetischen Wert geschätzt. Sie wurde vom Volk gemocht und war sein Eigentum. Fest verankert mit metallischer Stele im Grund und Boden, über den schon seit 1918 keine Hohenzollern mehr verfügen durften.

Im Grundgesetz der BRD ist festgelegt, daß

Eigentum ein heiliges Gut ist und Eigentümer ganzbesonderen Schutzgenießen. Gilt das nicht für Eigentum des Volkes? Darf man es einfach rauben und entfernen?

> Die Absicht der Herrschenden ist verkündet: Die Gläserne Blume soll abtransportiert werden, man will ein weiteres Stück liebenswerter Kunst der DDR auslöschen. Auch das gehört zur "Delegitimierung" des Staates, der vier Jahrzehnte im Herzen Europas für Frieden, Recht und Menschenwürde stand. Das Vorhaben, den Berlinern die Gläserne Blume zu rauben, sie für immer aus der Hauptstadt zu verbannen, gehört zum Programm der Negierung all unserer Leistungen und Lebenserfahrungen, der Früchte fleißiger Arbeit und solidarischen Zusammenlebens.

Gegen die geplante Verschleppung der Gläsernen Blume regt sich Widerstand. Die Abwehr derer, die nicht wollen, daß ein Stück DDR-Kultur einfach abgeräumt und unsere Tradition mißachtet wird. Alle, die sich der kolonialen Anschluß- und Abrißpolitik Bonns im ostdeutschen Annexionsgebiet entgegenstellen, erheben die Forderung: Das künstlerische Kleinod des anderen, des besseren Deutschland muß in Berlin bleiben.

Für einen Stimmungsumschwung muß gekämpft werden

# Wider den "Zeitgeist"

In Geschichte und Politik gibt es immer wieder Abläufe und Ereignisse, deren Bewertung zur Trennlinie wird. Solcherart ist die Gründung der DDR bzw. deren 40jährige Existenz. Für mich und andere - das beweisen mir ungezählte Gespräche, die ich mit früheren Bürgern der DDR geführt habe, war sie, war ihre Gesellschaftsform des realen Sozialismus, notwendiges Ergebnis einer historisch begründeten Entwicklung. Die DDR stellte einen Raum dar, in dem Millionen Menschen ein sinnvolles und erfülltes Leben führten. Sie war in jedem Falle das bessere Deutschland.

So denken heute übrigens zunehmend auch Menschen, die seit 1989 Illusionen nachhingen, verwirrt waren oder einfach nur dem ungeheuren antikommunistischen Druck nachgaben Eine solches Bekenntnis zur Überlegenheit der DDR wird von manchen als "Nostalgie" stigmatisiert, ist aber in Wirklichkeit nichts anderes als eine Widerspiegelung der Tatsache, daß sich reale Lebenserfahrungen auf Dauer nicht

durch noch so raffinierte und ausgeklügelte ideologische Kreuzzüge tilgen lassen. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich will beileibe nichts glorifizieren, was bei uns schief gelaufen ist. Gerade diejenigen, die am ehrlichsten für die sozialistische Idee gelebt und gekämpft haben, wissen am besten, wieviel Unerreichtes, welche Mängel und Schwächen, ja, auch welche Ungerechtigkeiten es noch gab. Fehler, begangen auf der Grundlage theoretischer Irrtümer, solche, die sich aus den Zuspitzungen des kalten Krieges und den damit entstandenen Zwangslagen ergaben, und auch jene, die einseitigem, voreingenommenem. dogmatischem undialektischem Denken entsprangen.

Was die Ursachen unserer Niederlage und des Sieges der Konterrevolution betrifft, zu denen sich in den letzten Jahren der Vordergründigkeit und Konfusion oberflächliche Vorurteile breitmachten, zeichnet sich jetzt bereits größere Klarheit ab. Mehr und mehr setzen sich Standpunkte durch, die auf marxistisch-leninistischer Analyse beruhen. Der "RotFuchs" ist ein Beispiel dafür. Andererseits darf auch nicht übersehen werden, daß sich opportunistische und revisionistische Auffassungen - gerade in der Frage des Verhältnisses zur DDR, zum realen Sozialismus - verfestigen. Am bemerkenswertesten scheinen mir die Denkansätze zu sein, die Kurt Gossweiler zu dieser Thematik in die Diskussion einbrachte.

Seit der "Rückwende", wie Heinz Kamnitzer die Zeit nach '89 treffend nennt, führt eine "Heilige Allianz" von Antikommunisten aller Couleur ihren ideologischen Feldzug zur Delegitimierung und Kriminalisierung des sozialistischen deutschen Staates. Sie reicht von Neonazis über Rechtskonservative und Neoliberale, Politiker der SPD und der Grünen, "Bürgerbewegte" und "Herbstrevolutionäre" bis hin zu den kleinen Wadenbeißern lokaler Blättchen. Geld für diesen Zweck ist in Hülle und Fülle vorhan-

Fortsetzung S. 6

Seite 6 RorFucns/Dezember 1998

"RotFuchs" braucht Nestwärme

### Mütter und Väter

Mit gerade elf Monaten ist unser "Rot-Fuchs" noch ein junges Kerlchen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir ihn auch durch den zweiten Winter bringen. Dazu braucht er viel Nestwärme - die ideelle Solidarität aller, die ihn mögen, annehmen und mit ihren Gedanken, Briefen und Artikeln auf seinem Weg begleiten. Und er braucht Futter - materielle Zuwendung, die ihn bisher trotz ständig höher gelegter Latten über alle Hürden gebracht hat. Wenn der kleine "RotFuchs" - ursprünglich als reine Gruppenzeitung gedacht und inzwischen eine unverwechselbare Stimme der DKP aus dem Osten. die auch von manchen im Westen geme gehört wird - überhaupt hat durchkommen können, dann deshalb, weil er so viele Mütter und Väter, besitzt, die gemeinsam für ihn sorgen. Jede Briefmarke, jede Mark, die sich unsere Leser für den roten Schlaumeier abgeknapst haben, war im wörtlichen Sinne Überlebenshilfe. Gerade erreichte uns ein zu Herzen gehender Brief von der Ruhr. Sein Absender: Ein Arbeitslosenhilfe-Empfänger, ein toller Kommunist übrigens, "fast das der uns schreibt, er habe gerade für letzte bißchen Geld" ein paar Lebensmittel eingekauft. Nur "ein Zehnerle" sei ihm übriggeblieben - für den "RotFuchs". Wir wissen es genau: Mit solchen Lesern wird unsere Zeitung bestimmt durchkommen.

Dank allen Spendem. Ihr helft uns, eine schlagkräftige und treffsichere kommunistische Zeitung zu machen. Eure Zeitung. Unsere Zeitung. Damit der Funke nicht erlischt: Bleibt bitte dran.

#### **Eure Redaktion**

Fortsetzung von Seite 5
den. Die tragenden und koordinierenden
Institutionen sind geschaffen. Leider leisten
auch Menschen, die sich für Linke und Sozialisten halten, dabei Hilfsdienste. Sie veranstalten einen regelrechten Spagat zwischen "Vergangenheitsbewältigung" und
"Geschichtsaufarbeitung" auf der einen und
Zurschaustellen eines links-sozialistischen
Images auf der anderen Seite. Im Doppeljubiläumsjahr 1999 dürfen wir da mit Sicherheit eine anschwellende Flut drastischer
Abgrenzungsschritte gegenüber der DDR
erwarten, während andere sich auf die krankhafte Glorifizierung der BRD verlegen werden

Doch ich bin sicher: Die Geschichte, der objektive Lauf der Dinge wird zur Klärung und Differenzierung beitragen. Das ergibt sich jedoch nicht von selbst. Dazu ist unser aktives Handeln gefragt. Mutig, mit der wissenschaftlichen Waffe des historischen Materialismus, müssen wir offensiv in diesem Sinne wirken. Dabei spielt unser "RotFuchs" durchaus eine wichtige Rolle. 1999 sollten wir dem DDR-Jubiläuminjeder Ausgabe einen Beitrag widmen. Viele sindwie ich selbst - sicher gerne zur Mitarbeit bereit

Dieter Itzerott, Torgau

### Gruppe Nordost berichtete dem DKP-Bezirksvorstand

# Verläßliche "RotFuchs"-Familie

Am 1.Dezember folgte die Leitung der DKP-Gruppe Nordost, deren, Revier" die Stadtbezirke Pankow, Wedding, Reinickendorf, Weißensee, Hohenschönhausen, Marzahn und Hellersdorf umfaßt, der Einladung des Berliner Bezirksvorstands der Partei, aus ihrer politischen Tätigkeit im zu Ende gehenden Jahr zu berichten. Das Kollektiv, zu dem auch eine größere Zahl aktiver Sympathisanten gehört, ist im letzten Quartal weiter gewachsen: Die Künstlerin Marta Rafael, der aus der PDS ausgetretene alte Kommunist und frühere Buchenwald-Häftling Herbert Thomas und drei hier namentlich ungenannte Berufstätige zwei Mittzwanziger und ein "neuer" Genosse mit SED-Parteierfahrung (Anfang vierzig) - verstärkten die Reihen der Grup-

Über Berlin hinaus bekanntgeworden sind die Nordostler vor allem durch den seit Februar 1998 monatlich erscheinenden "RotFuchs", zu dessen ständigem Mitarbeiterkreis auch neun Genossinnen und Genossen aus der Gruppe selbst gehören: Ökonomen, Pädagogen, Hochschullehrer, Journalisten, Juristen, Ingenieure, von denen einige früher Arbeiter waren. Wie Dr. Klaus Steiniger, Vorsitzender der Gruppe Nordost und verantwortlicher Redakteur der Zeitung, vor dem BV betonte, ist der "RotFuchs" kein Blatt mit vorwiegend agitatorischer Orientierung, sondern mehr auf Hintergründe, Zusatzinformationen und Analysen ausgerichtet. Er erreicht regelmäßig einen festen Bezieherkreis, soll aber künftig auch an Ständen der Partei angeboten werden. Zur DKP-Bezirkszeitung "Anstoß" steht er in keinerlei Konkurrenz, zumal sich beide Zeitungen an eine unterschiedliche "Klientel" wenden.

1998 führte die Gruppe Nordost neun öffentliche und drei nur Mitgliedern vorbehaltene Versammlungen durch. Im grö-Beren Rahmen sprachen DDR-Akademiemitglied Prof. Dr. Walter Schmidt zum Thema "Marx und Engels und die 48er Revolution"; die Autorin Inge Viett las aus ihrem Buch "Nie war ich furchtloser", wobei sie besonders ihr Verhältnis zur DDR darstellte und das diesbezügliche Erlebnisdefizit Westlinker bedauerte; der Spanienkämpfer und Shoa-Überlebende Fritz Teppich debattierte über die neofaschistische Gefahr in Deutschland; "Vier Müllers" (PDS-Bundestagsabgeordneter Manfred Müller, DKP-PV-Mitglied Brigitte Müller, der Theologe Prof. Dr. Hanfried Müller und der Philosoph Prof. Dr. Dr. Fred Müller) waren

über die Wahlen 1998 "im Gespräch"; der Historiker Dr. Kurt Gossweiler stellte sein vielbeachtetes und lebhaft diskutiertes Buch "Wider den Revisionismus" vor; der Marxismus-Forscher Prof Dr. Ulrich Huar formulierte Gedanken zu Demokratie und Freiheit; der Ökonom und Journalist Walter Florath schilderte Erfahrungen als SED-Parteisekretär in DDR-Großbetrieben; die Ökonomen Dr. Annemarie Mühlefeldt und Dr. Hartwig Strohschein referierten zum Bildungsthema "Arbeit - Arbeitszeit - Arbeitslosigkeit"; MfS-Generalmajor a.D. Prof. Dr. Willi Opitz beantwortete die Frage "Muß eine Revolution geschützt werden?"

Übrigens - auch für Geselligkeit blieb Raum: Es konnte von einer bewegten Mai-Feier und einem Sonntagsausflug zu den Barnimer DKP-Nachbarn ins Brandenburgische berichtet werden.

Besonders auf zwei Strecken fällt die Bilanz der verläßlich kassierten Gruppe positiv aus: In der Bündnisarbeit, bei der das Verhältnis zur PDS eine Hauptachse bildet (im Verlauf des Jahres kam es zu Treffen des DKP-Gruppenvorstands mit den PDS-Bezirksvorständen von Weißensee, Marzahn und Hellersdorf/in Weißensee und Hellersdorf gehören DKP-Mitglieder den PDS-Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlungen an) und bei der Organisierung der Solidarität mit politisch Verfolgten. Die Gruppe unterhielt und unterhält enge Kontakte zu inhaftierten DDR-Hoheitsträgern und BRD-Bürgern, die für die DDR-Aufklärung tätig waren.

Nicht wenige Genossinnen und Genossen leisten ehrenamtlich gesellschaftliche Arbeit: Drei sind Betriebsräte, andere betätigen sich als Funktionäre in der Volkssolidarität, der GRH, der SDAJ, im Solidaritätskomitee, im Verband der Haus- und Grundstücksbesitzer, bei den "Weißenseer Blättern" und im "Freundeskreis Ernst Thälmann". Eine Genossin leitet seit Jahren einen renommierten politischen Zirkel, eine andere hat als Brigadistin am Aufbau der Familienarztpraxis "Tamara Bunke" im kubanischen Matanzas teilgenommen. Auch für das neue Solidaritätsprojekt der DKP auf der sozialistischen Insel haben sich zwei Genossen angemeldet.

Alles in allem: Man kann getrost davon sprechen, daß es sich bei der "RotFuchs"-Familie um ein aktives Kollektiv der DKP handelt, das fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht.

G.V

### Der Architekt des "Deutschland, einig Vaterland ..."

# Nachdenken über Hans Modrow

Das von Hans Modrow zusammen mit Hans Dieter Schütt, dem gewendeten früheren Chefredakteur der "Jungen Welt" und heutigen Ressortchef des "Neuen Deutschland", geschriebene Buch "Ich wollte ein neues Deutschland" (Dietz Verlag, Berlin 1998) kann ergiebig für diejenigen sein, die sich aus marxistischer Sicht mit den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR befassen. Da wird es, was wohl kaum den Absichten des Autors entsprechen dürfte, auch die persönliche Verantwortung Hans Modrows für das Ende der DDR zutage fördern.

Sicher, der PDS-Ehrenvorsitzende gehört nicht zu jenen in seiner Partei, welche sich für ihr in der DDR gelebtes Leben und für die Politik, die sie mitgetragen haben, ständig entschuldigen. Er bekennt sich - mit manchem Wenn und Aber - zum sozialistischen deutschen Staat und stellt viele seiner Errungenschaften heraus. Dem aber folgen Abstriche wie der folgende auf dem Fuß: "Was wir Revolution nannten, waren zu wesentlichen Teilen nur die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die im Osten konsequent verwirklicht wurden."(S. 49)

Waren die Bodenreform, die Beseitigung der Herrschaft des Kapitals, die antifaschistischen Umwälzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen keine tiefgreifenden revolutionären Veränderungen? Wer den Platz der DDR in der Geschichte der jahrhundertelangen Klassenkämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten von revolutionären Positionen aus einschätzen will, wird zwangsläufig nicht um die Erkenntnis herumkommen, daß sie trotz aller Defizite die größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes war. Ein solches Bekenntnis habe ich in Modrows Buch vergeblich gesucht. Fest steht, daß die DDR, nachdem sie von Gorbatschow fallengelassen wurde und damit der wichtigste außen- und militärpolitische Faktor ihrer Existenzsicherung entfiel, nicht mehr zu retten war. Doch ihr Anschluß hätte nicht in jene bedingungslose Kapitulation münden müssen, die von der letzten DDR-Regierung unter de Maiziere vollzogen wurde, aber bereits unter dem Modrow-Kabinett und von der seit November 1989 von der Gysi-Gruppe auf reformistischen Kurs gebrachten PDS mit zu verantworten war. Als Hans Modrow die Regierungsgeschäfte übernahm, mußten ihm die Dresdener Ereignisse hinreichend die Erfahrung vermittelt haben, daß er es nicht nur mit berechtigten und unberechtigten Forderungen diverser Oppositioneller zu tun hatte, sondern daß unter

ihrem Deckmantel zunehmend die Konterrevolution antrat.

Die chaotische Grenzöffnung, mit der gegenüber der BRD ein ökonomisches und politisches Faustpfand ersten Ranges aus der Hand gegeben wurde, erfolgte vor Modrows Regierungsantritt. Diese Grenze wurde fortan zunächst kaum und dann überhaupt nicht mehr kontrolliert. Den gegnerischen Kräften aus der BRD wurden Tür und Tor geöffnet, so daß sie bald darauf in der DDR schalten und walten konnten, wie sie wollten, was unterdessen in die Verantwortlichkeit des Regierungschefs fiel.

Im Kampfauf Leben und Tod, der nun für die DDR begann, wäre eine intakte Staatssicherheit dringend erforderlich gewesen. Stattdessen wurde das MfS aufgelöst und auf das geplante Amt für Nationale Sicherheit verzichtet. Modrow beugte sich dem "Druck des Runden Tisches" (S.11). Während er dessen Bericht als "eine Einmaligkeit" feiert

(S. 434), kommt er vier Seiten weiter nicht umhin, zuzugeben, "daß meine Regierung ohne Geheimdienste arbeitete, gegen uns aber zahlreiche Geheimdienste wirkten", und durch die BND-Agenten, dem Bundeskanzleramt ständig Informationen zuflossen". Zu deren Schwerpunkten habe es gehört, "den politischen Druck im Innern des Landes" zu erhöhen (S. 438). Ein anderer Moment der Erkenntnis ist, wenn Modrow feststellt, daß es "eine Zehntelsekunde Aufruhr" war, die "letztlich einen Staat stürzte" (S. 257). Aber müßte daraus nicht die Einsicht folgen, daß der Staat eben in dieser Zehntelsekunde durch Modrows Entscheidungen schutzlos war. Das Kapitel MfS beinhaltet schließlich auch die Verantwortung der Modrow-Regierung für die unterlassene Vernichtung eines Großteils der Akten dieser Behörde, besonders der Personalunterlagen, was für unzählige Menschen (vor allem IM) die Vernichtung ihrer beruflichen und oft auch persönlichen Existenz, ihre gesellschaftliche Isolierung bedeutete.

Mit der Beseitigung der Sicherheitsstrukturen gingen die stillschweigende Liquidierung der Kampfgruppen, die Auflösung der Politorgane bei allen bewaffneten Kräften und die "Neutralisierung" der NVA, einher Zur Einschüchterung erfolgten erste Generalsverhaftungen

In die Regierungszeit Modrows fiel mit dem "Sturm auf s große Haus" der Parteiputsch, bei dem die Gysi-Gruppe ohne jede demokratische Legitimierung die Führung der Partei an sich riß und die systematische Zerschlagung der Parteistrukturen vor allem in den Betrieben einleitete. Damit wurde die bereits schwer lädierte Partei, auf die der Gegner neben dem MfS den Hauptstoß richtete,

ihrer Aktionsfähigkeit nahezu völlig beraubt. Diese Entwicklung hat Modrow - damals stellvertretender Parteivorsitzender - mit zu verantworten. Er gibt zu Protokoll, daß er bereits in Dresden mit OB Berghofer an der Spitze einer Demonstration marschiert sei, der die Losung "Weg mit der SED!" vorangetragen wurde, was beide Politiker nicht daran hinderte, vor den Teilnehmern auch noch Reden zu halten. Unter den seinerzeitigen "Dialog-Partnern", mit denen Modrow "eingetretene Verzerrungen der sozialistischen Gesellschaft" überwinden wollte, befand sich übrigens auch der heutige Biedenkopf-Minister und fanatische Antikommunist Arnold Vaatz (S. 292 f.).

Eberhard Czichon bescheinigt Modrow in seiner sonst recht kritischen Rezension (Marxistische Blätter, Heft 3, 1998), "immer ein aufrechter Kommunist geblieben" zu sein. Da sind nicht nur Zweifel angemeldet. Der PDS-Ehrenvorsitzende beantwortet nämlich eine diesbezügliche Frage seines Ko-Autors, ob er Kommunist sei, bereits auf Seite 16 des Buches mit einem klaren "Nein". Modrow weicht allerdings insofern aus, als offen bleibt, ob sich das bereits auf seine DDR-Zeit bezieht. Früher dürfte er da wohl kaum gezögert haben. Wie sonst hätte er es bis ins ZK und an die Spitze einer SED-Bezirksleitung gebracht?

Hans Modrow stellt heute gerne seine "engen Beziehungen" zur DKP heraus, wie auch seine persönliche Gastrolle auf dem 14.Parteitag demonstrieren sollte. In seinem Buch hat er die DKP und den mutigen Kampf der Kommunisten im Westen an der Seite der DDR allerdings völlig ausgeblendet. Es läßt die Schlußfolgerung zu, daß Modrow und seine PDS-Minister mit DKP-Genossen keinen Erfahrungsaustausch pflegten, der sie vielleicht vor mancher Illusion über den deutschen Imperialismus hätte bewahren können.

Das entsprach sicher der Gysi-Linie, die DKP schon im Vorfeld des "Vereinigungsprozesses" kaltzustellen und auszuschalten. In diesem Rahmen erfolgte dann auch die verlockende Offerte an die DKP, sich aufzulösen und in der PDS zu verschwinden. Ein Angebot, das der Bonner DKP-Parteitag bekanntlich mit einer Stimme Mehrheit ablehnte.

Übrigens soll sich Gysi ernsthaft mit dem Gedanken getragen haben, seine PDS in die SPD einzubringen. Deren Führung fehlte jedoch-im Unterschied zu CDU und FDP, die ostdeutsche Blockparteien mit offenen Armen aufnahmen - der strategische Weitblick, das sich formierende neureformistische Potential aus dem Osten willkommenzuheißen.

Gerhard Feldbauer

### Gastspiel bei Springer

# "Staatstheoretisches"

Lothar Bisky - der "sprühende Feuerkopf" aus Babelsberg - schrieb zu DDR-Zeiten in der populären Reihe NL-konkret einen Bestseller zur imperialistischen Medienpolitik. Heute schreibt er bei Springer. Was für ein Abstieg!

Am 20. November 1998 brachte das Springer-Blatt "Die Welt" einen Gastkommentar des PDS-Vorsitzenden unter der Überschrift "Wieviel Staat brauchen wir?". Zum selben Thema hatten sich zuvor bereits Erhard Eppler, bis 1991 Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, und Alt-Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) geäußert.

Der erste Eindruck, den das mit theoretischer Erkenntnis nicht verschnittene Gedankenkonstrukt Biskys hinterläßt, ist die Läuterung des Autors: Die Vorstellung, der einstige Rektor der DDR-Filmhochschule sei jemals in seinem Leben auch nur peripher mit Marxismus in Berührung gekommen, keimt beim Leser des verquasten Textes nicht auf. Eilig bekennt sich der bei Springer "Angekommene" zum kapitalistischen System: "Natürlich sind moderne ökonomische Wettbewerbsstrukturen eine unerläßliche Voraussetzung wirtschaftlicher Leistungskraft und sozialer Wohlfahrt".

Bisky plädiert für einen "schlanken Staat", indem er vor dem "Aberglauben an dessen Omnipotenz" warnt. Viele Ostdeutsche besäßen "die prägende Erfahrung...von Stagnation und Niedergang eines allgegenwärtigen Staates", rührt der ins Examen genommene PDS-Politiker das von Springers Konditoren erwartete Quantum DDR-Schmäh unter die Zutaten seines Kuchens. Wie soll nun der perfekt klassenindifferente Staat des neuen "Welt"-Kommentators aussehen?

"Es geht um eine von universalistischen humanen Werten geleitete demokratische Regulierung des Zusammenlebens". Bravo! Hat denn der Genosse Rektor nie und

nimmer am Parteilehrjahr teilgenommen? Oder hat er sich schon beim Studium an der Uni einfach die Ohren zugehalten, als Marx, Engels und Lenin dran waren? Ist er etwa erst aufgewacht, als Gorbatschow und Schewardnadse ihre Sprüche von den "allgemeinen Menschheitsfragen" klopften? Mögen unsere Leserinnen und Leser nicht zürnen, wenn wir ihnen noch mehr zumuten. "Wer den Staat zum bloßen Erfüllungsgehilfen von Markterfordernissen degradiert, verfehlt die Staatsaufgaben ebenso wie derienige, der ihn zum Instrument seines Großen Plans macht", doziert der frischgebackene Staatstheoretiker Lothar Bisky. Unter Bezugnahme auf den bürgerlichen "Sozialisten" Habermas wendet er sich gegen jene auf "beiden Seiten" - "Staatssozialismus" und Kapitalismus -, die "die Vorstellung einer demokratischen Selbststeuerung komplexer Gesellschaften" aufgeben.

Am Ende seiner visionären Enthüllungen entdeckt der PDS-Vorsitzende für Springer das Ei des Kolumbus: Die Frage nach wieviel Staat müsse "völlig neu" gestellt werden: "Sie zielt auf den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft unter den Bedingungen marktwirtschaftlicher Zusammenhänge", heißt es da schlicht und ergreifend in schlechtem Deutsch. Man dürfe "auf Dauer den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft nicht gefährden".

Jetzt ist es also heraus! Der von Springer engagierte Staatsschreiber aus Babelsberg und seine Freunde in der PDS-Führungsriege setzen also auf den Bestand sozialer "Zusammenhänge" und "Zusammenhalte". Mit anderen Worten: auf Bewahrung des Kapitalismus. Deshalb soll das PDS-Programm fallen. Gegen den Wunsch und Willen all jener von uns geachteten Genossinnen und Genossen der PDS, die am sozialistischen Ziel festhalten.

S.R.

Die DKP-Gruppen Berlin-Nordost und Berlin-Mitte laden für Dienstag, den 26.Januar 1999 um 19.00 Uhr ins Haus am Franz-Mehring-Platz 1

zu einer gemeinsamen öffentlichen Mitgliederversammlung ein. Thema: Die ersten 100 Tage der Regierung Schröder

Es spricht einleitend: Ellen Brombacher, KPF der PDS

Spanienkämpfer Fritz Teppich, Teilnehmer am Avante-Fest 1998, spricht auf einer HBV-Veranstaltung

im Bezirksamt Berlin-Mitte am 13. Januar 1999 um 14.00 Uhr in Raum 121 zu dem Thema: Portugal Heute

# Seelenverkäufer

Der PDS-Parteivorstand hat bereits jetzt seine für das Jubiläumsjahr 1999 erwartete Kampagne zur Verächtlichmachung der DDR, zur weiteren Anbiederung an die in Deutschland Herrschenden, zur Brüskierung der mehrheitlich am Sozialismus festhaltenden eigenen Mitglied- und Wählerschaft eröffnet. Das Eintreten der PDS für eine Beendigung der Strafverfolgung ehemaliger DDR-Hoheitsträger bedeute, keinerlei Relativie rung ihrer klaren Absage an die menschen/rechtsnegierende(!)Politik der SED, keinerlei Verwischung der politischen und moralischen Verantwortung für eine Politik, der viele unschuldige Menschen zum Opfer gefallen sind", heißt es in der vom Zentralorgan "Neues Deutschland" am 8.12.1998 verbreiteten Erklärung des Parteivorstandes. Damit soll die gute und mutige Initiative der PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Evelyn Kenzler, der BeugungunddemBruchdesRechtsimUmgangmit in Ermittlungsverfahren verstrickten, angeklagten, verurteilten und eingekerkerten DDR-Bürgern ein Ende zu setzen, relativiert werden.

In der Lesart von Gysi, Bisky und Bartsch war die "Politik der SED" und damit der DDR also schlechthin "menschenrechtsnegierend"! In wessen Anus will mandamit kriechen? Hier wird nicht einmal mehr - wie bislang - ein Unterschied zwischen sozialen, kulturellen und politischen Menschenrechten gemacht! Mit scharfer Bürste will manselbst weltweit gewürdigte Leistungen von SED und DDR aus dem Gedächtnis früherer DDR-Bürger und vor allem der PDS-Mitglieder herauskratzen.

Was für ein Trugschluß, halten doch die Genossinnen und Genossen der PDS, die Wählerinnen und Wähler dieser einflußreichsten Linkspartei des Ostens - jedenfalls in Neufünfland - vor allem deshalb an der PDS fest, weil sie in ihr "das letzte Stückchen DDR-Heimat" erblicken, weil sie in der PDS immer noch die am meisten DDR-verbundene Partei erhoffen.

Wer also die DDR verleumdet und mit den Herrschenden in einen förmlichen Wettbewerb zu deren Delegitimierung (sprich: "differenzierte Beurteilung des gescheiterten Staatssozialismus in der DDR") eintritt, sägt unweigerlich am eigenen Ast. Denn als bloßes Echo professioneller Antikommunisten und eingefleischter DDR-Fresser aus CDU/CSU, FDP und SPD besäße die PDS wohl kaum eine Perspektive. Ganz abgesehen davon, daß ihr dann die Anhänger in Scharen weglaufen würden.

Die neueste PV-Phrase von der "menschenrechtsnegierenden Politik der SED" stellt den bisherigen Höhepunkt an Selbstbespeiung dar. Auf die Verbeugungen und Entschuldigungen des Sommers folgt nun der politische Ausverkauf des Winters. Ohne Hemmungen liefert man sich jenen aus, die als "Mitbringsel" beim "Ankommen" in der glorreichen BRD nicht weniger als die eigene Seele fordern.

R.F.

RotFuchs/Dezember 1998 Seite 9

### Die bürgerliche Elle - kein Maß für den Sozialismus

# "Demokratiedefizite?"

Neben manch anderem - Nazifaschisten, Börsenspekulanten, Miethaien oder auch Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern soll es der DDR auch an Demokratie gemangelt haben. Wer sich deshalb alles schon für was und wie oft entschuldigt hat, ist bekannt - und dies soll auch keine Satire werden ... Nun, esist 80 Jahre her, daß unter der Losung "Nieder mit Spartakus, tötet Liebknecht und Luxemburg!" eine "demokratische" Republik auf den Leichen ermordeter Revolutionäre errichtet wurde. Wenige Tage nach der Bluttat an Rosa und Karl, am 20. Januar 1919, sprach Lenin dazu auf II. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß: "Wer aber von Unabhängigkeit spricht, wer von Demokratie überhaupt spricht, der setzt bewußt oder unbewußt ein Mittelding, etwas zwischen oder über den Klassen Stehendes voraus. Und in allen Fällen ist das Selbstbetrug, ist das Betrug, ist das Verschleierung dessen, daß, solange die Macht der Kapitalisten bestehen bleibt, solange die Kapitalisten im Besitz des Eigentums an Produktionsmitteln bleiben, die Demokratie zwar mehr oder weniger breite, zivilisierte usw. Formen annehmen kann, in Wirklichkeit aber eine bürgerliche Diktatur bestehen bleibt ... '

Als drei Jahre später in Italien die faschistische Diktatur errichtet wurde, nannten sie die Liberalen ein "totalitäres Regime". Rechte SPD-Führer, die den Kampf gegen eine "Diktatur von rechts und links" auf ihr Banner geschrieben hatten, nahmen den Begriff sofort auf. Die "Totalitarismus-Doktrin" angeblich gegen "beide Extreme" gerichtet entstand. Das war ein finsterer Beitrag zur Spaltung der Arbeiterklasse. Ohne deren einheitliche Aktion konnten die Nazifaschisten von den Konzernbossen an die Macht geschoben werden. Die offene terroristische Diktatur trat an die Stelle der "Demokratie überhaupt" und überzog Deutschland und die Welt mit Massenmord, Krieg und Verwüstung, bis die Rote Armee und deren Verbündete der Barbarei ein Ende setzten. Die Demokratie war, wie Pinochet das nennt, in Blut gebadet worden. Und auf ein Neues: 1949 schufder USA-Imperialismus den westdeutschen Separatstaat als militärisch konzipierte Sturmspitze im Rahmen seiner aggressiven Strategie eines "Zurückrollens des Kommunismus". Wer die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" dieser BRD in vielfältiger Form, im Kampf gegen den "inneren Feind" wie nach außen gegen Sozialismus und nationale Befreiungsbewegung, kennengelernt hat, kann nur besorgt - aber auch belustigt - sein, wenn von Linken "Demokratie-Defizite" der DDR unterstellt werden. Damit will ich nicht sagen, daß in der DDR sozialistische Demokratie in idealer

Weise verwirklicht war. Aber das, was den Bürgerinnen und Bürgern der DDR an Mitbestimmung und

-entscheidung politisch, ökonomisch und kulturell schon möglich war, übertraf nicht nur das in der BRD herrschende System, sondern erwies sich bereits als eine andere Demokratie als die bürgerliche.

Ich will diese These hier nicht beweisen. Das könnten andere besser. Aber die Klagen von Millionen DDR-Bürgern über die seit 1989 zerstörten solidarischen Beziehungen, über die verlorene Lebensqualität sprechen eine klare Sprache. Woher sonst kam diese Solidarität im nationalen Rahmen wie aufinternationaler Ebene - z.B. mit den Völkern Vietnams, Chiles, Cubas -, wenn nicht aus einem neuen Menschenbild und einer neuen politischen, ökonomischen und kulturellen Demokratie?

Die sozialistische Demokratie nach den Maßstäben der bürgerlichen zu beurteilen ist Unsinn, ist so unmöglich, als ob man Feuer und Wasser zu vereinen suchte. Und es wäre nicht nur ein falscher Maßstab für die Vergangenheit, sondern auch ein Irrweg, der künftig nicht zu sozialistischer Demokratie führen würde. Der Wegweiser für uns kann nur das Leninsche Denken sein, das die Entfaltung einer neuen Demokratie durch die Diktatur des Proletariats entwarf. Ein Denken - und das hervorzuheben ist wichtig -, das stets von den untersten Massen und deren Interessen ausging. Ein Standpunkt, der unvereinbar ist mit dem von Arbeiteraristokraten und jener Sorte kleinbürgerlicher Intellektueller, die das Fehlen bürgerlich-demokratischer Verhältnisse im Sozialismus beklagten und beklagen.

Die andere Seite, eben diese bürgerliche "Demokratie", ist nichts anderes als die Diktatur der imperialistischen Bourgeoisie, des Finanzkapitals. Diese "Demokratie" hat keine "Defizite": sie ist das ideologische Blendwerk zur Tarnung der Macht der Monopole. Weder "das Volk" als angeblicher Souverän

noch die von ihm gewählten Parlamente verfügen über die Macht im Lande. Auch diese These will ich hier nicht beweisen, obwohl es mir leichtfallen würde: NATO-Integration, Remilitarisierung, Notstandsgesetze, Unterstützung faschistischer Regimes, massiver Bau von Atomkraftwerken...

Über die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung der BRD entschied nie "das Volk". Und wenn es ungeachtet aller Hetze und Manipulation durch die Medien-

maschine doch "Teile des Volkes" versuchten, so wurden sie verfolgt, gehetzt, zusammengeknüppelt, eingesperrt, manche sogar erschlagen oder erschossen. Stets mit dem Grundgesetz unterm Arm, über das - im Gegensatz zur DDR - inder BRD niemals das Volk abstimmte, und das ausgehöhlter ist als ein wurmstichiger Pilz. Im kalten, im verdeckten Krieg gegen die DDR interessierte dieses Grundgesetz allerdings oft so wenig wie heute bei der NATO-Aggression gegen Jugoslawien.

Über Demokratie reden - und auch über Defizite darin - muß für uns eine andere Grundlage haben. Sie sollte nach meiner Ansicht frei sein von den Einflüssen dieser bald 50jährigen bürgerlichen "Demokratie". An dem ideologisch-politischen Überbau einer international operierenden, zunehmend agressiven Ausbeuterordnung ist nichts Positives zu entdecken. Und es ist ja auch Ausdruck der objektiven Reife der Verhältnisse für den Sozialismus, daß dieser Überbau zerfällt, daß die Spitzen des Kapitals und ihre Denkfabriken über die wachsende Unbrauchbarkeit des parlamentarischen Systems für ihre Interessen nachsinnen.

Um das "Ankommen" in der "freiheitlichdemokratischen Grundordnung" kann es also ohnehin nicht gehen - aber erst recht nicht um das Zerreden und Zerreißen der ersten Schritte sozialistischer Demokratie, die in der DDR gemacht wurden und z.B. in Cuba weiter gemacht werden.

Wie immer eine neue antiimperialistische und revolutionäre Bewegung sich entwickeln mag: Wenn sie siegreich sein soll, muß sie dafür arbeiten, jede Täuschung durch die alte bürgerliche "Demokratie" zu überwinden. Bedenken wir dabei auch, daß es niemanden mobilisiert, darüber zu jammern, daß die sozialistische Demokratie in der Vergangenheit Mängel hatte, aus inneren und vor allem aus äußeren Gründen. Sie wird sie auch in Zukunft haben, solange der imperialistische Gegner existiert. Und es mag solche Illusionen gegeben haben - aber daß es schnell geht, "bis jede Köchin gelernt hat, den Staat zu regieren", ist noch nirgends bewiesen.

Werner Hoppe, Hamburg



### Nachdenken über Begriffe

# "Wegfall des Realsozialismus"?

Die Schwierigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise, die seit Ende des 19 Jahrhunderts mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus offen zutage traten, werden auch an der Schwelle zum 21 Jahrhundert nicht geringer: Die Sicherung von Absatzmärkten, Rohstoffquellen und Profiten auf militärischem Wege kostete im 1. Weltkrieg ca. 15 und im

2. Weltkrieg ca. 50 Millionen Menschenleben.

Allein in den 20 industriell entwickelten kapitalistischen Ländern leben heute 1,3 Milliarden Menschen (das sind etwa 25 Prozent der Erdbevölkerung oder so viele, wie die VR China ernährt und kleidet!) Die Aussicht auf Schaffung neuer Arbeitsplätze, die ein normales Leben ihrer Inhaber sichern, wird von Jahr zu Jahr geringer. Auch in den zwischen 1989 und 1991 liquidierten sozialistischen Ländern Ost- und Südosteuropas ist das materielle und geistige Lebensniveau der werktätigen Massen (die relativ wenigen kapitalistischen "Neureichen" ausgenommen) verheerend gesunken. Man bedenke nur, welche "Segnungen" die Einführung der "Marktwirtschaft" (vielmehr: der Profitproduktion) allein den Republiken gebracht hat, die zur UdSSR gehörten!

Alle utopischen und seit etwa 1844 (mit Marx und Engels beginnenden) wissenschaftlichen Auffassungen von einer neuen, einer sozialistischen oder kommunistischen, einer von Ausbeuterklassen befreiten Gesellschaft, die entwickelt wurden, entstanden nicht voraussetzungslos, waren keine bloßen Hirngespinste. Sogar in der biblischen Apostelgeschichte des Lukas sind urkommunistische Gemeinschaften, die "ersten Gemeinden" z.Z. des Zerfalls der Urgesellschaft und der Entstehung der Klassengesellschaft in einfacher Weise beschrieben: "Sie blieben ... in der Gemeinschaft und im Brotbrechen und im Gebet. Alle ... waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte."

Es ist festzustellen, daß in jüngster Zeit angesichts der von einer wachsenden Zahl von Menschen, die in sozialistischen Ländern gelebt haben, persönlich gemachten Erfahrungen eine wichtige Erkenntnis wächst: Immer mehr Menschen finden die Antwort auf die Frage, warum die systematische und konsequente gesellschaftliche Ausgrenzung und Verfolgung von Hoheitsträgern und anderen Gestaltern der sozialistischen Gesellschaft betrieben und fortgesetzt wird. Hintergrund ist die Einsicht in die Tatsache, daß vor allem in der Deutschen Demokratischen Republik jahrzehn-

telang der praktische Nachweis dafür erbracht wurde, daß unter Beachtung und schöpferischer Nutzung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus ein tatsächlich neuer Gesellschaftszustand möglich ist. Ein Zustand, in welchem die werktätige Bevölkerung sich mit vergesellschafteten grundlegenden Produktionsmitteln dazu imstande sieht, ihr Leben selbst zu sichern und zu gestalten, ihr materielles und geistiges Niveau zu entwickeln.

Gelegentlich ist die Redewendung vom "Wegfall des Realsozialismus" im Gebrauch. Natürlich könnte der Begriff, Realsozialismus" (der Gegensatz wäre dann wohl "Idealsozialismus") auf seine Nützlichkeit hin geprüft werden. Wir sprechen ja auch kaum vom "Realkapitalismus". Das Attribut "realer" zu Sozialismus sollte bis 1989 darauf aufmerksam machen, daß es - bei allen noch bestehenden Mängeln und Fehlern - im Gegensatz zu dem in den RGW-Ländern Praktizierten auch Vorstellungen, gedankliche Modelle vom Sozialismus gegeben hat, die "nur" die eine grundlegende Eigenschaft hatten: Nicht real zu sein, nicht wirklich zu existieren.

Über den Begriff "Wegfall" lohnt es sich nachzudenken. Zweifellos ist die Beseitigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung in den meisten RGW-Ländern eine

Tatsache. Die Frage wäre iedoch berechtigt: Hat sich die DDR, hat sich die UdSSR deshalb in ein Nichts aufgelöst? Sind auch die Millionen Menschen verschwunden, die hier jahrelang gelebt, gearbeitet, Macht ausgeübt und enorme Erfahrungen gesammelt haben? Sie waren in Gemeinschaften und Belegschaften organisiert, haben sich gebildet, gesund erhalten, kulturell betätigt, Kinder bekommen und aufgezogen - und das alles unter der realen gesellschaftlichen Rahmenbedingung, daß es keine soziale Klasse oder Schicht gab, der die wichtigen Produktionsmittel privat gehörten. Die erarbeiteten Werte wurden in der DDR so sozial gerecht wie niemals zuvor auf deutschem Boden verteilt

Friedrich Engels gab

1877 im "Anti-Dühring" den grundlegenden methodischen Hinweis: Vertreter des gesellschaftlichen Fortschritts sollten sich darum bemühen, innerhalb (also nicht außerhalb!) einer vorhandenen Bewegungsform, eines gegebenen Konflikts selbst brauchbare Elemente zur Lösung desselben aufzuspüren und dann zielstrebig zu nutzen. "Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopf zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken". (MEW 20, S. 139, 247, 249)

Wäre es im Interesse der Masse der werktätigen Bevölkerung nicht nützlich, darüber nachzudenken? Könnten nicht brauchbare Elemente bzw. Erfahrungen aus der DDR zielstrebig im Interesse einer progressiven Entwicklung der gesamten Berliner Bundesrepublik genutzt werden? Jede politische Partei, die solches nicht anstrebt, wird im 21. Jahrhundert wohl kaum als fortschrittlicher Repräsentant oder Inspirator der Werktätigen wirken können. Ja, sie dürfte sich selbst politisch überflüssig machen. Am Verhältnis zum realen Sozialismus scheiden sich tatsächlich die "Geister" - übrigens schon seit Oktober 1917 und fernerhin.

#### Eike Kopf



### Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (3)

# Marxismus und nationale Frage - Hier und Heute

Diebeiden Artikel von Karl-Eduardv. Schnitzler (Nr. 8) und Walter Florath (Nr. 9) haben einigen Staub aufgewirbelt. Sie reflektieren aber nur eine Diskussion, die seit Beginn des Zeitalters des Imperialismus, der proletarischen, nationalen und kolonialen Revolutionen - und natürlich auch in der Gegenwart geführt wird.

Wenden wir uns der theoretischen Seite dieser Problematik zu.

Die Nation als historisch gewachsene stabile Gemeinschaft von Menschengleicher Sprache, gleicher Kultur, gleichen Wirtschaftslebens, gleichen Nationalcharakters und auf gleichem Territorium angesiedelt - ist eine Tatsache. Sie existiert, unabhängig davon, ob man stolz auf sie ist oder nicht.

Die Menschheit ist seit der Herausbildung des Kapitalismus in Nationen gegliedert, die wiederum in Klassen gespalten sind. Die Nation ist somit eine objektive Struktur- und Entwicklungsform der menschlichen Gesellschaft wie die Klassenspaltung. Beide gingen aus der Entwicklung der Produktivkräfte hervor, die die Beseitigung des Feudalismus, die Herausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse und mit ihnen den Markt - den Binnen- und Außenmarkt - erforderten. Der Markt ist die ökonomische Geburtsurkunde der Nation.

Mit der bürgerlichen Nation, deren Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat sind, entsteht die nationale Gemeinschaft. Somit haben wir es bei der nationalen Frage mit Klassen, Klassenkampf, Klasseninteressen und nationalen Interessen zu tun. Die Frage lautet: Klasseninteresse und nationales Interesse- was hat den Vorrang? Dominiert das nationale Interesse über das Klasseninteresse oder ist es genau umgekehrt? Und da scheiden sich die Geister.

Die herrschende Kapitalistenklasse gibt ihr borniertes Klasseninteresse stets als das allgemeine, das "nationale" Interesse aus das sie angeblich vertritt. In der Anfangsphase der Herausbildung der Nation im Kampf gegen den Feudalismus-im 18. und 19. Jahrhundert-kann die Bourgeoisie tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, Repräsentant des nationalen Interesses zu sein, da sich ihr Klasseninteresse in dieser Zeit weitgehend mit dem nationalen Interesse deckt. In der Phase des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zu Monopolkapitalismus und Imperialismus bildet sich jedoch ein immer tiefer werdender Konflikt zwischen den Interessen der Nation und den Interessen der Monopolkapitalisten heraus. Diese verwandeln einen großen Teil der Produktivkräfte in ein Potential der Zerstörung. Die Ergebnisse sind bekannt: Zwei Weltkriege, ungezählte Feldzüge gegen nationale und koloniale Befreiungsbewegungen, Destabilisierung fortschrittlicher Regimes oder einfach solcher, die dem Profitstreben der Konzern- und Bankgewaltigen in den Metropolen im Wege stehen, Interventionen aller Art bis hin zur Anstiftung und Ausführung von Völkermord.

Die modernen Produktivkräfte des Kapitalismus wachsen über den nationalen Rahmen hinaus, nehmen einen bis dahin nicht gekannten internationalen Charakter an und untergraben so die ökonomischen Grundlagen der Nation. Folgen sind die transnationalen Konzerne und Banken, die Verflechtung von Produktion und Konsumtion sowie von Finanz- und Dienstleistungsphäre, wie sich das in der gegenwärtigen Fusionswelle zeigt. Hinzu kommt die Internationalisierung des Arbeitsmarktes.

Wir haben es also mit zwei Tendenzen in der nationalen Frage zu tun: Einmal mit der Herausbildung und Konstituierung von Nationen in deren Aufstiegsphase (Europa: etwa bis 1870), zum anderen mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Nationen, dem Niederreißen der nationalen Schranken, der Schaffung der internationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens, der Politik usw. Diese dialektisch-widersprüchliche Wechselwirkung zwischen beiden Tendenzen bezeichnete Lenin als "ein Weltgesetz des Kapitalismus". (Werke, Bd. 20/12)

Die "internationale Einheit des Kapitals" ist der Boden, auf dem die nationalen Kapitale den Kampf um die Vorherrschaft austragen - die Konkurrenz zwischen ihnen ist also keineswegs verschwunden, sondern findet nun in verschärfter Form auf einer anderen Ebene statt - bis zum Weltkrieg! Zur Zeit wird dieser Konkurrenzkampf, nur schlecht verhüllt durch die Phrase von der "internationalen Gemeinschaft", zwischen den drei Zentren (USA, Westeuropa, Japan) mit äußerster Schärfe und Erbitterung geführt. Es geht um die Neuausteilung der Märkte, Rohstoffquellen und Einflußsphären - vorerst noch mit ökonomischen und finanziellen Mitteln. Die Monopolbourgeoisie gibt ihr Klasseninteresse dabei nach wie vor als das allgemeine, "nationale" Interesse aus: "Sicherung des Industriestandortes Deutschland". "Schutz deutscher Interessen auf allen Märkten", "Sicherung des Zugangs zu den Ressourcen in der ganzen Welt" heißt die Devise, bei entsprechender Umstrukturierung der Bundeswehr, versteht sich. Dies erfortlert natürlich, "Opfer", Verzicht auf einen Teil des Wohlstandes (natürlich nicht des eigenen!). Kampf gegen "Sozialmißbrauch", vor allem von Ausländern, u.a. "patriotische" Taten. Diese Identifizierung der Profitinteressen des Monopolkapitals mit den nationalen Interssen bildet den Boden für Nationalismus und Chauvinismus.

Gibt es demnach kein nationales Interesse mehr? Natürlich gibt es das. Es wird seit der Herausbildung des Imperialismus um die



Jahrhundertwende von der Arbeiterklasse repräsentiert, im Bündnis mit allen nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, mit allen demokratischen und am Frieden interessierten politischen Kräften. In diesem Sinne fält das Klasseninteresse der Arbeiterklasse mit dem allgemeinen, dem nationalen Interesse zusammen, ist die Arbeiterklasse dessen legitimer Repräsentant.

Die Durchsetzung des nationalen Interesses ist demnach nur im Klassenkampf-bis hin zur Eroberung der politischen Macht - möglich. Insofernist das nationale Interesse dem Klasseninteresse untergeordnet. Daß diese komplizierte Verflechtung zweier sehr unterschiedlicher Interessen in sich widersprüchlich und auch nicht konfliktfrei ist, versteht sich von selbst. Der Klassenkampf des Proletariats ist der Form nach national, dem Inhalt nach international. Daraus ergibt sich die Einheit von Nationalem und proletarischem Internationalismus.

Die kommunistischen Parteien denken nicht daran, die nationalen Interessen den Herrschaften in den Chefetagen der multinationalen Konzerne und Banken oder den Bossen der Unternehmerverbände auszuliefern. sie deren Profitinteressen unterzuordnen. Mit der Verantwortung für zwei Weltkriege, für Völkermord, Umweltzerstörung, Krisen und Erzeugung sozialen Elends hat die deutsche Monopolbourgeoisie für immer ihren Anspruch auf die Führung der Nation verloren. Diese geht über an die deutsche Arbeiterklasse, auch wenn sie sich dessen mehrheitlich nicht bewußt ist. Diese Führungsrolle zu erkämpfen, bleibt nationale und internationale Verpflichtung zugleich.

Übrigens: In der DDR hat die Arbeiterklasse vier Jahrzehnte diese Mission erfüllt. Wir waren zurecht stolz auf die Gründung des ersten demokratischen Friedensstaates auf deutschem Boden. Er entstand im Kampf gegen die antinationale Politik der Adenauer-Regierung, die mit der vom USA-Imperialismus geforderten und geförderten Gründung der BRD die Spaltung Deutschlands in hohem Maße zu verantworten hat.

#### Ulrich Huar

Leseempfehlung:

1. Kritische Bemerkungenzur nationalen Frage, Lenin, Bd.20. S. 3 bis 37

2. Über den Nationalstolz der Großrussen, Lenin, Bd. 21, S. 91 bis 95

### Seit Juli 1997 in Haft:

## Generalleutnant a.D. Karl Leonhardt

Wir lernten ihn im Frühjahr 1996 im Saal des Kriminalgerichts Berlin-Moabit kennen, als er seine Ehre gegen die Anklage verteidigte, des mehrfachen Totschlags schuldig zu sein. Die Staatsanwaltschaft präsentierte einseitige und willkürliche Darstellungen - Interpretationen historischer, politischer, militärischer und rechtlicher Sachverhalte zu Vorkommnissen an der DDR-Staatsgrenze. Aus der Sicht der Bourgeoisie. Die Anklage basierte auf fragwürdigen Rechtskonstruktionen. Wie in allen diesen Fällen.

Wer war der Angeklagte?

Karl Leonhardt, Jahrgang 1929, ist das Kind einer Arbeiterfamilie. Er wurde in Planitz, Kreis Zwickau geboren. Die materielle Not der Eltern war groß. Die Mutter starb 1941. Noch als Lehrling mußte der Sohn im Februar 1945 die faschistische Uniform anziehen. Er gehörte zu Hitlers letztem Aufgebot, das die "Reichshauptstadt" verteidigen sollte. Im Juni 1945 las er dann den Gründungsaufruf der KPD, wenig später die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Das waren prägende Erlebnisse. Karl Leonhardt sagte das auch den Richtern in Moabit.

1948 meldete er sich 19jährig zum Dienst in der Deutschen Volkspolizei. Er wollte etwas dafür tun, daß nie wieder Krieg und Faschismus über sein Land kämen oder von diesem ausgingen. Er wurde Berufssoldat. 41 Jahre diente er in den bewaffneten Organen der DDR. An mehreren Schulen - darunter der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden - lernte der Arbeiterjunge das Waffenhandwerk. Aus ihm wurde schließlich ein pflichtbewußter und geachteter General der Grenztruppen des sozialistischen deutschen Staates.

Doch davon war in der Anklageschrift keine Rede. Der Haftbefehl setzte Genossen Leonhardt - zumindest gedanklich - mit ehemaligen Offizieren der SS oder der faschistischen Wehrmacht gleich, die auf der Flucht vor der Strafverfolgung untertauchten, um einem gerechten Urteil zu entgehen. Der schon in anderen Zusammenhängen unrühmlich bekanntgewordene Richter Föhrig verurteilte den antifaschistischen Militär der DDR zu drei Jahren und neun Monaten Freiheitsentzug. Seit dem 4. Juli 1997 befindet sich Karl Leonhardt in Haft. Seine Aburteilung war ein Teil der Delegitimierung der DDR, die als "Unrechtsstaat" dargestellt wird, während man den Staat der deutschen Monopole als "Rechtsstaat" porträtiert. Zehntausende staatstreue DDR-Bürger hat man so zu Kriminellen gestempelt. Karl Leonhardt kann das nicht beirren. "Ich stehe zu meiner Biographie als Offizier der Grenztruppen und zu dem geleisteten Fahneneid, der Deutschen Demokratischen Republik und den mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages treu gedient zu haben ... Ich bin stolz darauf, daß ich Angehöriger der bewaffneten Kräfte der DDR war, die niemals einen Krieg gegen andere Völker führten", erklärte der widerrechtlich Angeklagte seinen Richtern.

Auch in der Haft hat Karl Leonhardt seinen revolutionären Optimismus behalten. Selbst nicht der Gesündeste, sorgt er sich um andere und gibt Genossen, die es draußen nötig haben, immer einen guten Rat. So sieht er Solidarität. In seiner Familie besitzt er ein stabiles, zuverlässiges Hinterland. Eva, seine Frau, hat in der schweren Zeit alles getan, um Karls Lebensbedingungen zu erleichtern und zusätzliche Belastungen von ihm fernzuhalten.

Im Anstaltsraum des politischen Gefangenen Karl Leonhardt hängt ein Bild Rosa Luxemburgs. "Heiter, trotz alledem - denn heulen ist das Geschäft der Schwäche", steht darunter. Diese Worte sind die Lebensmaxime des Generals. Wir wünschen Karl Leonhardt - einem standhaften Kommunisten -, der viele Freunde und Kampfgefährten besitzt, die ihm seit 1997 ihre Grüße in den Knast schicken, Gesundheit, Kraft und Zuversicht.

Lena und Kurt Andrä

#### Impressionen

# Ich sitze im Gefängnis!

Ich sitze im Gefängnis und halte ein Buch in der Hand. Es ist nicht von der Sorte derer, die man in einem Zuge liest. Es hat nicht nur einen komplizierten Titel, sondem auch einen anspruchsvollen Inhalt Gedichte, Geschichten humorig, besinnlich, Nachdenken fordernd. Immer das Mit-Fühlen des Lesers gewinnend. Ein echtes Stolper-Buch eben. Es lädt ein, neugierig einen Blick schon mal in das Kater-Spiel am Ende zu werfenoder wieder zurückzublättern. Zum "Wahlkampf" beispielsweise. Allen noch in frischer Erinnerung, in wenigen Monaten wieder Gegenwart.

Das Geschichtehen "Soldaten" könnte auch überschrieben sein: Hier irrte Tucholsky. Nämlich als er jenen Ausspruch tat, der heute von der grundgesetzlichen Meinungsfreiheit nicht mehr so recht abgedeckt ist. Nun, sagt der Autor, solche sind sie nicht, wie könnten sie sonst den Heldentod sterben? Und ich frage mich, warum sich dann immer mehr dem Dienst mit der Waffe verweigern?

Und was lese ich hier? Siegerjustiz? Ein Schelm, wer Arges dabei denkt. Es ist schon lange her und betrifft Rohrbach - einen Führer im Bauernkrieg. Der wurde nach der Niederlage gefedert und gerädert. Daß uns solches nicht widerfährt, liegt wohl daran, daß "die Koch-und Bratkünste in den letzten vierhundert Jahren um einiges verfeinert wurden, so daß der Betreffende oft nicht merkt, wenn er in die Pfanne gehauen wird".

So viel ich auch blättere, zu einem komme ich immer wieder zurück: "50 Jahre in

5 Minuten"

..Herrschaften",ruftder Autor,,,Ichstecke tiefinder, -Klemme:

Ich soll in 5 Minuten auf überzeugende Weise die Russen, die rote Sowjetmacht

als Befreier vom deutschen Faschismus preisen und sagen, was sie für mich

und mein Leben bedeuten."

Was fällt ihmein? Gedichte, Geschichten, Theaterstücke, die er über die Russen oder mit ihrer Hilfe schrieb, Reisen in alle Zipfel des großen Landes, Bücher, Literaten -

Und der Stoßseufzer: 5 Minuten für 50 Jahre! "Wodie Russen mit ihren 150 Völkerschaften schon

über 70 Jahre für die erste Teststrecke

ihrer von Marx importierten Idee gebraucht haben - Was soll man dazu sagen?"

Ja, was? 8. Mai, Siegesfeier mit Leuchtspurmunition, Kotikow-Essen, Alexandrow-Ensemble auf dem Gendarmenmarkt, keine Laterne, kein Dach mehr frei!

Und später: Moskau, Leningrad, Dnjepr, Don und Wolga, behäbig, geschichtsträchtig und - Wolgograd.

Ja, stimmt, Genosse,

"und manches, geblendet vom Kreml-Licht" sah 'n wir auch nicht.

Aber Zustimmung auch:

"Docheinsvergeßtnicht, meine Teurenund Lieben: Die Geschichte wird immer neu gemacht, aber nicht verräterisch umgeschrieben".

Ich sitze im Gefängnis und habe ein rotes Buch in der Hand!

#### Gerda Klabuhn

Armin Stolper. Der Euro, die Auto-Kalypse und andere Weltuntergänge GNN Verlag Sachsen/Berlin 1998, 208 Seiten, 19,80 DM, ISBN 3-932725-53-0

### Hitler hat den Zweiten Weltkrieg gewonnen ...

# Neues aus Knopps Giftküche

Hoffnungslos optimistische Fernsehzuschauer erhielten in kurzer Zeit mehrere Geschichtslektionen. Da war die ARD mit einer dreiteiligen Darbietung "Die SS". Das ZDF lieferte "Hitlers Krieger". Der ORB durfte nicht fehlen: "Die Marine". Und im ZDF erklomm in Schröders Wettbewerb "Nicht viel anders, aber manches besser" aus der Küche des professoralen Geschichtsfälschers Knopp den bisherigen Höhepunkt: "Der Dritte Weltkrieg".

Die "SS"-Sendung sollte beweisen, daß Kriegsgreuel nur von Hitlers Leibstandarte und Himmlers Waffen-SS begangen worden sind. Die "Verbrechen der Wehrmacht" sind also pure Verleumdung, die wissenschaftlich fundierte, angeblich "umstrittene" Ausstellung hinlänglich widerlegt. Die "Marine" war nur "heldenmütig" und "opferreich" und hatte mit den Raubzügen des deutschen Imperialismus nichts zu tun, folglich auch nichts mit der Befolgung des Befehls, Schiffbrüchige zu erschießen.

"Hitlers Krieger" waren einige Feldmarschälle und ein Großadmiral. Und das waren beileibe keine Faschisten und Imperialisten, sondern unpolitische, naive, gutgläubige Befehlsempfänger des Alleintäters Hitler. Rommel, Erfinder des Panzer-Blitzkriegs, wurde schier verherrlicht, Manstein (der den Namen seiner Frau angenommen hatte, weil ihm der Familienname Lewinsky "zu polnisch" erschien) war ein Widerstandskämpfer, daß er Anfang 1944 in Paris Stauffenbergs Adjutanten von Haeften (einem der Tapfersten), geantwortet hatte: "Aber gem" sei er zu Hitlers Absetzung bereit, allerdings "erst muß ich das militärische Problem Sewastopol lösen" - also zunächst für Hitler die sowjetische Hafenstadt erobern, dann Hitler entmachten - das fand bei Herrn Knopp nicht statt. "Hitlers Helfer" waren insgeheim "Widerstandskämpfer" und nicht etwa - im Gegensatz zu den wenigen Ausnahmen um Stauffenberg - solche Feldherren Hitlers, die vom Zug abspringen wollten, den sie selbst in Bewegung gesetzt hatten, weil der leider gegen den Baum ging. Dönitz sah weiter. Bei Knopp kam er nur als U-Boot-Chef vor. Daß Hitler seinen treuesten Parteigänger in seinem Testament, bevor er sich aus dem Leben schlich, zum Nachfolge-Führer emannt hat, fand in Knopps Geschichtslektion so wenig Erwähnung wie seine vorweggenommene NATO-Aufgabe: Mit britischer Unterstützung durfte er - noch im Krieg! - in Flensburg eine "Regierung" (natürlich mit Nazi-Ministern) bilden und sich bemühen, aus dem Osten zurückflutende Wehrmachtkontingente zu sammeln und in Schleswig-Holstein in geschlossenen Formationen unter Hitlers Offizierskorps mit voller Bewaffnung bereitzuhalten: Zur Fortsetzung des Krieges gegen den Osten bei Frieden mit dem Westen. Ich konnte damals in London Churchills Absichten in dieser Richtung verfolgen: Er verbot in seinen Medien jegliche Kritik an Dönitz und den Vorgängen in Flensburg (auch in meiner Knegsgefangenen-Sendung

bei der BBC). Und von Hamburg aus konnte ich den Beginn der Remilitarisierung in Schleswig-Holstein verfolgen, ohne darüber im NWDR kommentieren zu dürfen. Bis die Sowjetunion dem Spuk in Flensburg ein Ende setzte.

Und nun der "Dritte Weltkrieg". Über Knopps Fälschungen und schmutzige pseudo-journalistische Tricks ist genug gesagt und geschrieben worden. Im Grunde rechtfertigt er Hitlers "Krieg gegen das Reich des Bösen" und läßt ihn nachträglich gewinnen. Man braucht nur zu bedenken, warum Knopp etwas nicht erwähnt oder ins Gegenteil verkehrt.

Nicht die Sowietunion hat Atombomben abgeworfen, sondern Amerikas Präsident Truman (den Befehl gab er, während er in Potsdam mit Stalin über die europäische Nachkriegsordnung verhandelte). Nicht die Deutsche Demokratische Republik hat die BRD überfallen, sondern im Frühsommer 1961 enthüllten wir den Plan "Decco II": Die Bundeswehr sollte aus Manöverbewegungen heraus einen Vorstoß in Richtung Brandenburg auf Berlin unternehmen; ein zweiter Stoßkeil sollte entlang der Grenze DDR/ CSSR und dann nach Norden an Oder und Neiße die DDR "aus dem Warschauer Pakt herausbrechen". Albert Nordens Enthüllungen wurden niemals dementiert! Wir bauten die Mauer und machten die Staatsgrenze sichtbar. Jeder Angriff hätte Krieg bedeutet. Nicht die NATO, sondern Mauer, DDR und Warschauer Pakt haben den Krieg verhindert. Die DDR hat niemals über Atomwaffen verfügt oder sie auch nur gewünscht. Erich Honecker nannte sie "Teufelswerk". Wir unterbreiteten unzählige Abrüstungsvorschläge und unterstützten den "Kampf gegen den Atomtod". Die Anti-Atombewegung wurde von Bonn bekämpft und verfolgt. Es gab auch keine "militärischen Planspiele" in der DDR während der sogenannten Wende, keine Mobilmachung und keine "Verweigerung sowjetischer Unterstützung", denn es wurde ja nicht in Moskau darum gebeten. Knopp drehte - wie schon in seinen früheren Werken (oft von mir entlarvt) - die historischen Fakten einfach um: eine Spitzenleistung im Wettbewerb der Geschichts-Umschreiber, ein Meister in der Verwendung von Klischees aus den kältesten Zeiten des Kalten Krieges. Mit welchem Ziel? Es gelte, eine "Bedrohung aus dem Osten abzuwehren; die NATO habe "den Frieden gerettet"; und die Menschen - restlos verunsichert und desinformiert - sollen den Fortbestand der NATO gutheißen und die Fortsetzung des Drangs nach dem Osten erleichtert billigen (DDR-Vereinnahmung, Ost-Erweiterung, EU und was es noch so an derlei Annektionsorganisationen gibt). Schon Strauß wollte ja "bis zum Ural". Und dabei helfen Internationaler Währungsfonds und Weltbank die Fusionen gigantischer Geldinstitute und Rüstungskonzerne zu "Überstaaten"

Und das sind keine "Fiktionen" in Knopp-Stil, das sind Fakten. Dazu Taten der BRD. Sie nahm am Krieg gegen Somalia und Irak teil. Genscher und Kinkel beteiligten sich an der Zerstückelung Jugoslawiens und trugen damit direkt zur Auslösung des Krieges auf dem Balkan bei. Ihre Nachfolger schwören "außenpolitische Kontinuität". Die BRD war und ist treuester Gefolgsmann der NATO.

Gefolgsmann? Der Bundeswehrgeneral Naumann hat als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses Fischers populäre Forderung nach Verzicht auf den atomaren Erstschlag zurückgewiesen; in "Springers Welt" bekräftigte er naßforsch: "Die Nuklearwaffen der Allianz spielen eine entscheidende politische Rolle". Das Risiko für jeden potentiellen Gegner sei ...unkalkulierbar hoch und verhindert so den Krieg!" Das wollte Herr Knopp auch vermitteln. Rudolf Scharping, der neue Mann auf der Hardthöhe, hält "die Kontinuität von Landesverteidigung und Sicherheit mit dem Bündnis und die Beteiligung an internationaler Friedenssicherung" für wichtig. Das meinte Herr Knopp auch.

Aber wer bedroht eigentlich Deutschland? Was gilt es, mit dem "Bündnis" (das ist doch wohl die NATO) zu schützen?

1992 legte die "Verteidigungspolitische Richtlinie" der Bundeswehr im Klartext fest, es gelte "die internationalen Zugänge zu Rohstoffen zu sichern".

Jutta Ditfurth schreibt in "Die Himmelsstürmer": "Die NATO sichert strategische Positionen in Südosteuropa und benutzt diesen Konflikt für weiter im Osten liegende Einsatzorte. Das rotgrüne NATO-Mitglied Deutschland rüstet auf: Eurofighter, Krisenreaktionskräfte, NH 90-Kampfhubschrauber. Großraummilitärtransporter (wohin?). In Somalia und Kambodscha übte die Bundeswehr ... Außenminister Fischer ... stimmte zu". Gemeint sind die mörderischen US-Überfälle auf Afghanistan und Sudan. Doch weiter die frühere Parteivorsitzende der Grünen: "Schritt für Schritt werden unterschiedliche Teile der Ex-Linken in deutschnationale, militaristische und imperialistische Logik eingebunden". (Gastkolumne im ND vom 14./15.11.1998) Frau Ditfurth wählte die Überschrift: "Eine Kriegsregierung auf Abruf".

Und so liefert Großdeutschland weiterhin Kriegsschiffe an den NATO-Partner Türkei und schreit nicht hysterisch nach einem Embargo, wenn Ankara mal wieder Irak überfällt und im Innern Kurden foltert und mordet. Niemand im menschenrechtsbewußten Bonn verlangt ein Internationales Tribunal, wenn Netanjahu die Abkommen über den Frieden im Nahen Osten bricht und Widerstand provoziert.

Hat nicht ein großer Sozialdemokrat einst gesagt: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen"? Was soll man von einer Regierung halten, die in ihrem Staat solches vertritt und derlei duldet, fördert, plant und betreibt? Und es sich von Medien und einem Knopp schmackhaft machen läßt?

Karl-Eduardy. Schnitzler

# Angst vor dem Euro?

Ständig werden neue Lehrstücke in diesem Theater aufgeführt, nur scheint das Publikum nicht aufmerksam und lernfähig genug zu sein

Wenn am 1.1.1999 der Euro - nach den Bank- und Sparkassenprospekten bunt und glänzend - auf die Währungsbühne von 11 Ländern hüpft, wird er kaum zu sehen sein. Dieses Datum markiert die 3. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), ein Element der Europäischen Union (EU), das die Integration in diesem Raum vorantreiben soll. Wir sind auf dem Weg zur "Festung Europa" und das Volksstück "Unser Haus Europa" und sein Autor sind längst von der Bühne verschwunden. Vergessen scheinen auch die heftigen Debatten um das Für und Wider des Euro, die manchen zu der Annahme verleiteten, es käme soviel Widerstand zustande, daß man die Euro-Einführung verzögern, wenn nicht verhindern könnte. Seit Mitte des Jahres herrscht Ruhe auf der Streitbühne der Demokratie, es wurde zur Tagesordnung übergegangen. Zunächst können wir auch ruhig bleiben: Ab Januar 1999 tritt zwar die Euro-Einführungsverordnung des Rates der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin-Rat) in Kraft und der Euro wird damit für die BRD, für Frankreich, Holland, Belgien, Luxemburg, Spanien, Portugal, Italien, Österreich, Finnland und Irland die einheitliche Währung, jedoch bleiben die nationalen Noten und Münzen bis zum 1. 7. 2002 gesetzliches Zahlungsmittel und der Preisausdruck aller Waren und Leistungen wird in diesem Zeitraum nicht geändert.

Bestehende Verträge natürlicher und juristischer Personen gelten uneingeschränkt weiter und verlieren durch die Euro-Einführung nicht ihre Rechtswirksamkeit. Der Euro-Besessene kann allerdings auf Antrag seine Konten jetzt schon umstellen lassen. Die anderen sollten wissen, daß die Geldverfügungsformulare der Kreditinstitute (z.B. Überweisungsaufträge) künftig zwei Währungsbezeichnungen (DM od. EUR) enthalten, d.h. die gewählte Währung gekennzeichnet werden muß. Alle Geldkarten behalten ihre Gültigkeit bis Ende 2001 und an den Geldautomaten in den Teilnehmerländern der EWWU werden bis zu diesem Zeitpunkt jeweils die nationalen Währungen ausgegeben.

Hierbei allerdings - wie überhaupt im Reisezahlungsverkehr - wird es ab 1999 fixe bilaterale Wechselkurse und damit keine Anund Verkaufskurse mehr geben. Dafür werden die Gebühren für den Sortentausch erhöht. Diese Kurse liegen bereits fest und sind bei den Kreditinstituten zu erfragen. Die unwiderruflich zum Euro festgelegten Kurse der Währungen des EWWU-Raumes, die künftig für alle privaten und geschäftlichen Transaktionen gelten, werden von den Initiatoren der Währungsunion als eine der großen Errungenschaften gepriesen. Sie werden es auch sein, jedoch nur für wenige der beteiligten Länder und nur für die großen der agierenden Unternehmen. Grundsätzlich wird damit eine der Voraussetzungen geschaffen sowohl für ein schnelleres Vordringen der großen Monopole als auch für eine verschärfte Ausbeutung und soziale Degradierung der Arbeiter und Angestellten hauptsächlich in den schwächeren Regionen.

Natürlich ist es für Hinz und Kunz von Vorteil, in halb Europa mit einer Währung operieren zu können, so wie die freie Durchfahrt bei den Grenzübergangsstellen ihre Reize hat. Das ist aber nur das Kleingeld. Bei den größeren Beträgen stellen sich die Dinge etwas anders dar.

Als im Mai 1998 durch den Europäischen Rat über die Kandidaten der Währungsunion anhand von Konvergenzkriterien befunden wurde und von den Antragstellern Griechenland durchfiel, war u.a. deutlich geworden,

- daß zur Erfüllung dieser Kriterien (Kursund Preisstabilität, Annäherung der langfristigen Zinssätze, Haushaltsdisziplin) bereits im Vorfeld von den Regierungen der betreffenden Länder ein drastischer Sozialabbau betrieben wurde,

- daß die gestellten Bedingungen dennoch nur unvollständig erfüllt und z.T. auf das erforderliche Niveau "gerechnet" wurden, - daß gravierende Ungleichheiten im wirtschaftlichen Potential und in der Anwendung nationaler wirtschaftspolitischer Steuerungsinstrumente bestehen bleiben. Auf diese heterogenen Bedingungen wird ab Januar 1999 der Mechanismus der Währungsunion gesetzt. Von diesem Zeitpunkt an bestimmt die nach dem Muster der Bundesbank geschaffene Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt/M. die Geldpolitik der Gemeinschaft, unabhängig von nationalen Institutionen, wobei die Preisstabilität die höchste Priorität haben soll. Die Währungskurse sind als wirtschaftspolitische Mittel nicht mehr nutzbar. Öffentlichen Einrichtungen dürfen im Rahmen der Haushaltsfinanzierung keine Kredite mehr gewährt werden. Der 1977 beschlossene Stabilitäts- und Wachstumspakt wird wirksam, der die Teilnehmer mit Hilfe von Sanktionen zur Haushaltsdisziplin zwingen soll. Das ist in der Integrationsgeschichte des kapitalistischen Europa und der Beseitigung nationaler Souveränitätsrechte der bedeutendste und folgenreichste Schritt. Mit der Zentralisierung der Geldpolitik verlieren die Länder eines der wichtigsten Instrumente zur Konjunktursteuerung. Mit dem Ausschalten möglicher Währungs-

kursschwankungen entfällt ein weiteres nationales Mittel, um dem Exportdruck wirtschaftlich stärkerer Länder zu begegnen. Disziplinierung der Haushaltspolitik heißt die öffentlichen Schulden relativ oder absolut zu verringern, also sparen. Die Quellen des Sparens in einem kapitalistischen System haben wir in den Anfängen bereits zu spüren bekommen. Diese neuen Bedingungen schaffen innerhalb der Währungsunion den freien Raum für einen gnadenlos geführten Konkurrenzkampf, in dessen Gefolge die Konzentration und Zentralisation des Kapitals eine neue Stufe erreichen wird. Vorbereitet wurde dieser Prozeß durch die bisher größte Fusionswelle in der jüngsten Geschichte. Kleinere und ökonomisch schwächere Unternehmen werden massenweise auf der Strecke bleiben. Die wirtschaftliche Differenzierung zwischen den Ländern und Regionen nimmt zu.

Diese Vorgänge sind nicht mit dem Begriff des Neoliberalismus zu beschreiben, das ist Imperialismus.

Die Geld- und die Haushaltspolitik diesem Raum werden letztendlich durch die führenden imperialistischen Staaten, also die BRD und in Konkurrenz zu ihr, von Frankreich bestimmt. Wegfall nationaler Steuerungs- und Schutzinstrumentarien und Verschärfung des Konkurrenzkampfes treiben zu Lohnabbau und zunehmender Arbeitslosigkeit, in den schwächeren Ländern stärker als in den imperialistischen Hauptländern.

Wie der Integrationsprozeß nach dem 2., Weltkrieg nicht zu mehr allgemeinem Wohlstand und mehr sozialer Gerechtigkeit geführt hat, wird dieser nächste Schritt es noch weniger tun. Erkämpste soziale Rechte, die die Apologeten mit Sozialstaat umschreiben, werden in einem bisher noch nicht bekannten Maße beseitigt.

Wenn sie sich nach dem Willen der Initiatoren entwickeln sollte, wird diese europäische Wirtschaftsfestung den Hauptkonkurrenten, den USA und dem geschwächten Japan, ein starkes Paroli bieten, nicht nur wirtschaftlich, auch außenpolitisch und militärisch.

Das Konfliktpotential im Inneren des europäischen Währungsraumes wird nicht abnehmen, die Formen und Methoden der zeitweiligen Krisenbewältigung werden sich ändern. In den Außenbeziehungen sind härtere Auseinandersetzungen vorprogrammiert.

Der deutsche Imperialismus erreicht mit dem Zustandekommen und Funktionieren der Währungsunion ein Ziel, das ihm mit zwei Weltkriegen versagt blieb. Das Theater kann von vorn beginnen.

Hans-Günter Szalkiewicz

### Was der "Tagesspiegel" für die fröhlichste Region hält

# Vom Glück der Armen

Man ist immer wieder überrascht, was einem die Medien dieses Staates an Lügen und Entstellungen verabreichen. Selbst ein einstmals solides bürgerliches Blatt wie "Der Tagesspiegel" hält da nicht nur mit, sondern bemüht sich auch noch, selbst Lügenrekorde aufzustellen.

So veröffentlichte er am 9.Dezember eine Untersuchung der "London School of Economics" darüber, wo die Menschen derzeit am glücklichsten seien.

Na, wo wohl? Nein, nicht in den USA, die stehen erst an 46. Stelle, die BRD an 42. "Die glücklichsten Menschen leben in Bangladesch, der ärmsten Region der Welt"! Ja, Tatsache! In der Glücklichkeitsliste folgen auf den Plätzen 2 bis 6 Aserbaidshan, Nigeria, die Philippinen, Indien und Ghana. (Am allerglücklichsten sind natürlich die kleinen Filipinos, die den Sextouristen aus Europa und den USA verkauft werden. Denn nach einem Erfolgserlebnis auf dem Kinderstrich können sie ihren Familien mal wieder was zu essen verschaffen!)

Warum aber sind Amerikaner, Deutsche, Schweizer (Platz41) so unglücklich, verglichen mit den Menschen in den erstgenannten Staaten? "Aufklärung und Industrialisierung haben uns aus den Sicherheiten der Großfamilien und Dorfgemeinschaften gelöst, sie haben uns von geistiger und materieller Not befreit und zugleich einsam gemacht", trauert der "Tagesspiegel". Ich kenne Bangladesch.

Als ich mit zwei weiteren DDR-Journalisten den Flugplatz von Dacca verließ, waren die einheimischen Kollegen, die uns abholen wollten, nicht zu sehen. Da standen wir nun. Sofort stellte sich eine sehr, sehr schlanke glückliche junge Frau neben mich auf meine linke Seite. Sie drückte ein Baby an meine Schulter und streckte mir die linke Hand vor die Brust. Das Baby war sehr glücklich, absolut still, plärrte und rührte sich nicht. Auf meine rechte Seite stellte sich ein glücklich grinsender Mann mit nur einem Auge in der Mitte der Stirn und streckte seine rechte Hand vor. Ich entschloß mich, sie nicht zu sehen und verhielt mich ganz ruhig. Dann kamen endlich die Journalisten, um uns abzuholen. Der Einäugige und die Frau verzogen sich. Ich sah noch, wie sie das glückliche Baby einer anderen Frau übergab, die dann weitere Fluggäste ansprach. Das seien professionelle Bettler, erklärten mir die Kollegen aus Dacca. "Und was wird mit dem Baby?" Das werde weggeworfen, wenn es erledigt sei. Glücklich lächelnde Jungen erlebte ich auf einer Veranstaltung, bei der wir als Ehrengäste in der ersten Reihe saßen. Die 8 bis 14jährigen kamen, da ihre Beine geknickt und verbogen waren, sich auf die Hände

stützend, irgendwie hereingehoppelt. Sie setzten sich uns auf die Füße, hoben ihre krummen Arme und streckten uns ihre verkrüppelten Hände entgegen. Polizisten kamen und warfen sie raus. Diese Jungen gehörten zu einer der Bettlerbanden, wurde uns berichtet. Deren Führer kauften sie ihren Eltern ab, brächen ihnen die Knochen und ließen sie so - mitleidheischend - auf die Leute los.

Wir fuhren aufs Land. Kümmerliche Hütten, wenig Vieh, aber glückliche, sehr, sehr schlanke Bauern. "Wem gehört das Land?" fragte ich. "Großgrundbesitzern". "Und wie hoch ist die Pacht?" "90 Prozent der Ernte". Also kein Anlaß für die Bauern, neidisch auf die unzufriedenen, meckernden Landwirte beispielsweise in Deutschland zu sein. In Chittagong waren wir Gast in einer Versammlung mit Verlegern und Redakteuren. Hinten im Saal, im Dunklen, saßen wohl auch noch irgendwelche Leute. Man sah sie nicht, hörte nur hin und wieder ihr Gemurmel.

"Können Sie in der DDR die Regierung kritisieren?" fragte einer der Verleger. Ein Genosse unserer Botschaft antwortete parteilehrjahrsmäßig. Ich sagte: "Laß mich das mal machen!" "Ja, aber sie macht es uns nicht leicht". Höhnisches Gelächter bei den Verlegern.

"Wir haben keine Arbeitslosen. Sollen wir unsere Regierung dafür kritisieren?" Hinten im Dunklen wurde es lauter. "Bei uns geht jedes Kind zur Schule, alle erlernen einen Beruf, wer kann, studiert. Das kostet nichts". Der Lärm hinten im Dunklen nahm zu. "Wir haben eine Krankenversicherung für alle, fast umsonst. Natürlich gibt es für die alten Leute Renten. Und dann: Die DDR war das erste Land der Welt, das Bangladesch nach seiner Befreiung von Pakistan

diplomatisch anerkannte. Sollen wir unsere Regierung etwa dafür kritisieren?"

Hinten begann ein Gebrüll. "Dschi-Di-Er, Sindabad, Dschi-Di-Er, Sindabad -Die DDR, sie lebe hoch!" Die da im Dunklen, die man nicht sah, waren die Setzer und Drucker. Verleger und Redakteure schwiegen jetzt. Immer wieder bei den Fahrten durch Dacca und andere Städte sahen wir Slums, unglaublich verkommen, verdreckt, voller Müll. Nur vergleichbar mit dem bekanntlich "gemütlichen Dorf" Kalkutta, wo die heilige Mutter Teresa die glücklichen Inderinnen betreut hatte.

Noch ein paar Zahlen über das Ausmaß des Glücks in Bangladesch. 1990 betrug die Lebenserwartung in der BRD bei Frauen 78,2 - bei Männern 71,6 Jahre. 1990 starben hier 9 von 1.000 Lebendgeborenen. Zum Vergleich - Bangladeschs Lebenserwartung: Frauen 51,1 - Männer 50,4 Jahre. Säuglingssterblichkeit: 119 auf 1.000 Geburten. Der Anteil der Analphabeten betrug dort 1981 bei Männern "nur" 60, bei Frauen 82 Prozent. Was für ein Glück auch - nur wenige können sich ein Bild über die Lebensbedingungen in anderen Ländern machen. Fernseher haben sie natürlich nicht, wie sollten sie diese auch bezahlen? Und so können sie glücklich bleiben.

Also auf, ihr Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeschmarotzer, Obdachlosen-bettelt, klaut euch das Geld zusammen, um nach Bangladesch auszuwandern und glücklich zu werden! Da ist es schön warm und hin und wieder kommt das Wasser des Golfs von Bengalen und wäscht allen Dreck weg, der in Berlin seit Jahren auf den Straßen klebt. Aber vergeßt nicht, euer Bildzeitungs- oder Tagesspiegelabo rechtzeitig nach Dacca umzubestellen.

Walter Florath

Wir rufen alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der Berliner DKP zur Teilnahme an der

# LLL-Feier

am Sonnabend, <u>dem 9. Januar 1999, um 18.00 Uhr</u> in der <u>Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36</u>

und

an der traditionellen <u>Kampfdemonstration vom</u> <u>Lenin-Platz nach Friedrichsfelde</u> am Sonntag, dem <u>10.Januar 1999</u>, Abmarsch <u>10.00 Uhr</u>, auf.

**DKP Nordost** 

#### Solidarisch mit den russischen Kommunisten

# Über Antisemitismus und Antisowjetismus

Die russischen Kommunisten stehen in einem schweren Kampf. Das größte Land der Erde ist von der imperialistischen Entente und ihrer einheimischen "Filiale" - der Kompradorenbourgeoisie, den sogenannten Reformern - auf den kapitalistischen Weg der Verelendung und des Ausblutens gezerrt worden. Unter dem Sozialismus die sowjetische Weltmacht, ist Rußland heute in internationalen Angelegenheiten ein drittrangiger Staat. Seine multinationalen Völker leiden. Ein schlimmer Winter mit Hunger und oftmals unbeheizten Wohnstätten ist angebrochen.

Aber die Menschen wehren sich. Am 7. Oktober 1998 haben 37 Millionen Bürger der Russischen Föderation mit Streiks und Protesten den Rücktritt des halbirren Säufers im Kreml gefordert, der nach der für ihn maßgeschneiderten Verfassung ungeheure Macht besitzt, aber nur noch von einem Prozent der Bevölkerung unterstützt wird. Der Einfluß der Kommunisten, die in der Vorhut der weitgefächerten volks-patriotischen Kräfte für die Wiedererrichtung der Sowjetmacht, für eine erneuerte UdSSR, für eine sozialistische Zukunft kämpfen, wächst. Die 550 000 Frauen und Männer in ihren Reihen vereinigende Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) die zahlenmäßig stärkste KP aller kapitalistischen Länder - ist zur einflußreichsten politischen Kraft Rußlands geworden. Sie besitzt erhebliches Gewicht im Parlament der Duma - und in einer Anzahl von Regionen, besonders im "Roten Gürtel" südlich von Moskau. Ihr Vorsitzender, Gennadi Sjuganow, hat 1996 als Präsidentschaftskandidat der Volkspatrioten rund 30 Millionen Stimmen erhalten

Dennoch steht fest: Die Konterrevolution hat zunächst einmal gesiegt. Zunächst einmal. Denn Rußland bleibt weiterhin das schwächste Kettenglied des Weltkapitalismus, zieht man die entwickelten Länder in Betracht.

Seit einigen Monaten - seit der Formierung des Kabinetts unter Jewgenij Primakow, dem auch Kommunisten angehören - besteht in Moskau eine veränderte Konstellation Die KPRF unterstützt zum ersten Mal seit sieben Jahren eine russische Regierung, die trotz ihrer heterogenen Zusammensetzung im nationalen und Volksinteresse zu handeln versucht. Es eröffnen sich Aussichten auf eine Verlangsamung der Kapitalisierung des Landes, auf eine Wiederbelebung staatlicher Sektoren.

Der Westen ist konsterniert. Die Kreditgeber zögern oder ziehen sich zurück. Die NATO will sich noch schneller nach Osten ausdehnen und ihre konventionellen Waf-

fensysteme bis zu Rußlands Grenzen vorschieben. Verdächtigungen gegen die Regierung Primakow werden ausgestreut. Eine zügellose Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die KPRF ist im In- und Ausland angeblasen worden. Ihr Ziel: Die Diskreditierung der führenden linken Kraft Rußlands, der Seele und des Motors der antikapitalistischen Bewegung. Die Partei wird des Nationalismus beschuldigt, weil sie sich an die Spitze aller stellt, die für die Wiedergeburt eines starken und mächtigen Rußlands, eines sowjetischen Rußlands, einer neuformierten UdSSR eintreten. Was ist daran falsch oder schlecht? Wie sähe die Welt heute aus, wenn die Sowjetunion nicht untergegangen wäre, oder wie würde sie aussehen, wenn diese wiedererstünde?

In ihrer antisowjetischen Haßkampagne gegen die Kommunisten der Völker Rußlands suchen deren Gegner nach jedem Anlaß, jedem Vorwand, jeder Gelegenheit, um die KPRF anzuschwärzen und unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Ein Beispiel dafür sind die gegenwärtigen Antisemitismus-Bezichtigungen - ein großangelegtes Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Klassenkonflikten. Selbst einige ungenügend informierte und zu voreiligen Erklärungen aufgelegte Linke im Westen sind darauf hereingefallen. Die Erklärung des ZK der KPRF, Über die aktuellen provokatorischen Angriffe auf unsere Partei" (sie erschien in der UZ vom 4.12.1998 unter der leider sinnändernden Überschrift "Zur sogenannten Judenfrage") hat hier für Klarheit gesorgt.

Um was geht es?

Zunächst einmal sei gesagt: Wir wenden uns entschieden gegen jede Form von Rassismus und Chauvinismus, gleich, ob es sich um Antisemitismus, Zionismus oder Russophobie handelt. Jede Ideologie dieser Art ist menschenverachtend und muß mit aller Konsequenz bekämpft werden.

In Rußland hat der latente Antisemitismus unter Teilen der Bevölkerung in den
letzten Jahren einen gefährlichen Auftrieb erhalten. Dabei wird von der Mehrheit der Kompradorenbourgeoisie die
alte Ablenkungskarte gespielt: Sie heizt
die Massenstimmung, die das Gebaren
einer Gruppe sichtbar und lautstark agierender Kapitalisten, Politiker und
Medienzaren jüdischer Abkunft (einige
der berüchtigtsten "Reformer" wie
Tschubais und Gajdar und neureichen
Magnaten wie Beresowski und Gusinskij
zählen zu ihr) hervorgerufen hat, bewußt an, um den Kapitalismus und die

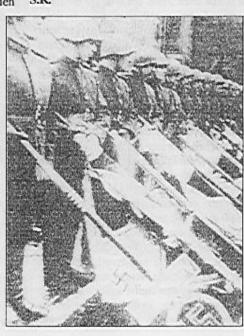
Ausbeuterklasse im Ganzen zu schützen. Das war ja auch das "Rezept" der Hitlerfaschisten. So wird der Haß gegen das System auf "die" Juden umgeleitet, die in ihrer überwältigenden Mehrzahl selbst zu den Werktätigen gehören. Nicht wenige von ihnen sind gute Revolutionäre, Klassenkämpfer und Kommunisten.

Dadie Parteinicht vom Volk isoliert lebt, hat die antisemitische Welle auch Mitglieder der KPRF erreicht. Ein besonders übles Beispiel sind die von der Partei unmißverständlich zurückgewiesenen Auftritte des Rassisten und "populistischen"Duma-Abgeordneten Albert Makaschow. In Reden und Interviews hat Sjuganow dazu Stellung genommen.

Wie sollten sich ausländische Kommunisten in dieser Situation verhalten?

Das Dümmste und Gefährlichste wäre es, über die vom Klassengegner gesteckten Stöcke zu springen, sich den Blick für eine nüchterne Beurteilung der Tatsachen zu verstellen und - "aus dem Bauch heraus" - an der antisowietischen Kampagne gegen die russischen Kommunisten - direkt oder indirekt - teilzunehmen. Nicht unkontrollierbare "Emotionen", sondern kommunistisches Verantwortungsgefühl, ein klarer Partei- und Klassenstandpunkt, Sachlichkeit und Besonnenheit sind angesagt. Und vor allem Solidarität mit jenen, welche an einem wichtigen und übermorgen vielleicht sogar entscheidenden Abschnitt des internationalen Geschehens ihren Platz einnehmen. Solidarität mit den Kommunisten aller Völker Rußlands und der früheren Sowjetunion - einschließlich der jüdischen Menschen - heißt unsere Devise.

S.R.



Aus dem Interview Gennadi Sjuganows mit der "Jewreskaja Gaseta"

# Zeit, sich an einen Tisch zu setzen

Der Gründer der vom Russischen Jüdischen Kongreß herausgegebenen "Internationalen Jüdischen Zeitung" (Meschdunarodnaja Jewreskaja Gaseta), Tankred Golenpolskij, interviewte im November 1998 den Vorsitzenden der KPRF Gennadi Sjuganow. Dabei ging es um die Frage nationaler Spannungen in der russischen Gesellschaft und um das schändliche Auftreten des Duma-Abgeordneten Makaschow, das - wie Golenpolskij - einleitend feststellte, eine Flutwelle hochgetrieben habe, die nicht nur Juden heimsuche, sondern das ganze Volk.

An dieser Stelle veröffentlichen wir Auszüge aus dem Interview, die Hintergründe der Ereignisse erhellen.

Sjuganow: Bereits seit vier Wochen wird eine Psychose im Zusammenhang mit den nationalen Beziehungen und den Aussagen Makaschows angeheizt. Seit vier Wochen wird mir, dem Vorsitzenden der größten Partei, der größten Fraktion und der Volkspatriotischen Union verwehrt, im 1. Fernsehkanal unseren Standpunkt zu diesen Problemen zu äußern. Es ist der Kanal, der die Meinung des Präsidenten, der Regierung, des Föderationsrates, der Duma, ihrer Fraktionen, Parteien und Vereinigungen mitteilt. Niemand hat mir angeboten: "Gennadi Andrejewitsch, Sie sind der Führer der stärksten Partei, wir geben Ihnen 10 Minuten. Legen Sie ihre Ansicht zu diesem Problem dar und dann werden Ihre Opponenten auf-

Und jetzt zu Makaschow. Seine absolut unflätigen Äußerungen sind in der Partei bereits verurteilt worden, als er das erste Mal mit dieser Dummheit herausplatzte. Verurteilt im Kreis seiner Genossen wie in der Leitung der Partei. Ja, ich selbst habe mich vor den Leuten entschuldigt ... Aber wer von den Kommentatoren hat das zitiert, was wir geschrieben haben - aus den Materialien, die wir ihnen viele Male zugesandt haben. Aus irgendwelchen Gründen haben sie das nicht getan. Interessiert sie die Lösung des Problems oder nur der Skandal?

Was Makaschow betrifft, so habe ich ihm deutlich gesagt: "Sie sind als Mitglied der Partei verpflichtet, sich streng an unser Programm zu halten, welches auf der Achtung der Sprache jedes Volkes, jeder Kultur, jeder Tradition beruht. Es ist darum völlig unzulässig, sich derartig aufzuführen und sich auf diese Weise zu äußern, umso mehr, als dies von einer staatlichen Tribüne erfolgte. Darüber habe ich auch mit dem Botschafter Israels, Zwi Magen, gesprochen ... Wir haben offiziell eine Erklärung der Partei dazu veröffentlicht ... Lassen Sie uns dieses Thema erweitern ... Man sollte vielleicht über ein exakt formuliertes Gesetz diskutieren, das

Aussagen verbietet, die nationale Leidenschaften entfesseln. Und nicht nur gegen Juden. Die Verdienste vieler von ihnen und ihren Vertretern gegenüber der Sowjetunion und Rußland sind niemals in Zweifel gezogen worden. Laßt uns juden-und russenfeindliche Äußerungen und Phrasen vom Typ "Personen kaukasischer Nationalität"

für ungesetzlich erklären. Wir sollten außerdem zu der Einschätzung gelangen, Äußerungen zu verbieten, die jenes Gute, was es wirklich in unserer jüngsten Vergangenheit gab, beleidigen. Kann man den Komsomol (wie es geschehen ist), durch den zweihundert Millionen Russen gegangen sind, in eine Reihe mit der "Hitlerjugend" stellen, die Kommunisten mit den Nazis? ... Muß man hingegen nicht daran erinnern, daß es den Sieg der Völker unseres Landes im Krieg ohne die organisierende Kraft der KPdSU nicht gegeben hätte? Und bei allen Fehlern, die begangen wurden, versichere ich Ihnen: Das faschistische Reich hätte sein braunes Spinnennetz über das ganze Land gebreitet und in den Gaskammern wären nicht nur sechs Millionen Juden - ihnen gebührt ein ehrendes Angedenken - umgekommen, sondern auch alle Kommunisten. Und erinnern Sie sich an den Befehl der Faschisten: "Kommunisten und Juden vortreten"? Haben sie doch auch alle Slawen zu Unmenschen erklärt. Und deshalb hat die Duma vorgeschlagen, eine solche Resolution anzunehmen. einen Aufruf an jeden Menschen, gleich welcher Nationalität er ist. Das Dokument, von dem ich spreche, ist durch drei Ausschüsse sehr gründlich vorbereitet worden. In ihm werden jegliche Erscheinungen von Intoleranz gegenüber jedem Volk verurteilt. Es verurteilt Russophobie und Antisemitismus. Es verurteilt Versuche, jedes, auch das kleinste Volk zu beleidigen ...

Unser Standpunkt ist völlig klar und überschaubar: Unsere Partei gründet sich auf zwei Dinge-die Freundschaft der Völker und die Achtung vor dem arbeitenden Menschen jeglicher Nationalität. Sind wir doch die größte multinationale Partei, die alle Regionen und fast alle Republiken vertritt. Über Ihre "Internationale Jüdische Zeitung" wende ich mich an alle und erkläre, daß wir diese Linie, diese Politik durchführten und unbeirrt weiterführen werden. Aber Makaschow haben wir verurteilt und sofort gesagt, daß es unzulässig ist, sich derart aufzuführen.

Golenpolskij: Sie sind Politiker und verstehen sehr gut, was gemeint ist, wenn Herr Kuwajew sagt: Im Krieg ist es wie im Krieg. Es findet ein ideologischer Kampf statt und das darf man nicht vergessen. Und selbst-

Zum 75. Todestag des großen proletarischen Strategen am 21. Januar 1999

Zeit, heb wieder Lenins Losung in den Wirbelwind! Sollten wir an Tränenpfützen trüb erschlaffen? Lenin ist heut lebender als die am Leben sind, Er verleiht uns Wissen, Kraft und Waffen!

WLADIMIR MAJAKOWSKI

verständlich, nachdem sie ein derartiges "Pfund" (Makaschow - d.Ü.) in ihre Hände bekommen hat, eine solche Möglichkeit, die gegnerische Seite "auszuspielen", wäre es ja seltsam, wenn die Presse dies nicht nutzen würde. Und sie hat es augenblicklich genutzt und bestens eingefädelt ...

Sjuganow: Ichmöchte sagen, die gegenwärtige Tragödie hängt damit zusammen, daß der UdSSR schon früher das Etikett "Reich des Bösen" durch Reagan und seine Experten angeheftet wurde. Danach hat man uns allen das Schild "Rot-Braune" umgehängt. In der Folge verwandelten sie das ehrenhafte Wort, "Patriot" in ein Schimpfwort. Und jetzt versuchen sie wegen der empörenden Aussage eines Menschen alle Kommunisten zu verdammen …

Unsere Haltung zur nationalen Frage ist in unseren offiziellen Dokumenten dargelegt. Sie sind in großer Auflage erschienen, man kann sie nehmen, kaufen und lesen. Jeder Lesekundige, jeder Journalist ist imstande zu zitieren, was die KP zu dieser Frage meint. Doch das wird nicht gemacht. Es findet ein regelrechter informations-psychologischer Krieg, nicht aber ein bloßer Kampf statt. Er hat sein Genre und seine Gesetze ...

Lassen Sie uns zusammenkommen, lassen Sie uns ein Treffen durchführen, ein Gespräch - die Führung der Volkspatriotischen Union, der Kommunistischen Partei, der Agrarpartei, der Bewegung "Geistiges Erbe". zusammen mit dem Russischen Jüdischen Kongreß, wie ich dessen Präsidenten Gusinskij vorgeschlagen habe. Wir können uns auch an den Patriarchen der Rechtgläubigen Kirche und an den Oberrabbiner wenden. Wenn wir uns zusammensetzen, sollten wir über diese Probleme beraten, statt zuzulassen, daß gewissenlose Leute spekulieren. Es gibt brennende Fragen - lassen Sie uns diese ohne Lärm lösen. Hysterie ist für denjenigen, der Verständigung will, nicht angebracht ...

Golenpolskij: In Bezug darauf, daß es tatsächlich an der Zeit ist, sich ohne Presse an einen Runden Tisch zu setzen, bin ich mit Ihnen einverstanden. Die Leiter der Gemeinden, der Geistlichkeit ...

Sjuganow: Völlig richtig. "bersetzung Eberhard Bock

#### FKP revidierte ihre gesamte Geschichte

# Schwamm drüber

Das Nationalkomitee der Französischen Kommunistischen Partei (Parti Communiste Francais - PCF) hat auf einer Tagung im November einen längeren Prozeß der Umwandlung (Mutation) abgeschlossen und faktisch die gesamte Parteigeschichte revidiert: Auf Vorschlag einer "Schiedskommission" unter Vorsitz Francette Lazards entschied das Gremium einstimmig, alle jemals von der PCF parteimäßig belangten oder - aus welchen Gründen auch immer ausgeschlossenen Personen zu "rehabilitieren" und "die Rechte der Betroffenen" wiederherzustellen.

Der keine Ausnahmen vorsehende Pauschalbeschluß - er wurde durch den Sprecher der als "Erneuerer" auftretenden Parteirechten lebhaft begrüßt - betrifft nicht nur so bekannte Persönlichkeiten der französischen kommunistischen Bewegung wie Andre Marty und Charles Tillon, sondern auch zu ausgemachten Antikommunisten konvertierte Rechtsabweichler wie den 1970 aus der Partei ausgeschiedenen Philoso-

phen Roger Garaudy. Andererseits zählen zu den durch die Entscheidung Begünstigten namhafte Trotzkisten wie Alain Krivine. Zur Begründung des in seiner Art einmaligen, den gesamten Weg der Partei aus geschichtsrevisionistischer Sicht infrage stellenden Beschlusses erklärte Francette Lazard, es gehe der PCF lediglich um die "Korrektur von Ungerechtigkeiten". Wenn man die "Erneuerung" der Partei fortsetzen und "ein Zeichen für die schöpferische Debatte geben" wolle, müsse man sich zu "früheren Fehlern" bekennen.

Im Urteil politischer Beobachter werden diese "Fehler" vor allem Parteiführern wie Maurice Thorez, Jacques Duclos, Marcel Cachin u. a. angelastet, die in den kampferfüllten Jahrzehnten des Wirkens der PCF als beispielhafte Marxisten-Leninisten galten, aber auch Waldeck-Rochet und Georges Marchais, dessen nachträgliche "Demontage" bereits seit geraumer Zeit betrieben wird.

(Korrespondenzaus Paris)

#### Bemerkenswertes aus Köln

# Zur MOSSAD-Legende

Über den MOSSAD - Israels Auslandsgeheimdienst - sind romantische Legenden im Schwange, die an der rauhen Wirklichkeit zerschellen. Seine oftmals spektakulären Operationen sorgten für Schlagzeilen in aller Herren Länder. Die Welt hielt den Atem an, als ein MOSSAD-Kommando den millionenfachen "Schreibtischmörder" Adolf Eichmann in Argentinien aufspürte und entführte, um ihn in Israel für seine Untaten bestrafen zu können. Doch die jenseits der formellen Legalität geführte Jagd auf Schuldige der Shoa war wohl das einzige Ruhmesblatt des MOSSAD.

Denn Israels Geheimdienst ist nicht schlechthin eine Institution, wie sie wohl jedes entwickelte Land unterhält und benötigt. An den Händen dieser aufs engste mit der CIA verzahnten "Firma" klebt - ganz im Unterschied zur HVA des MfS der DDR - Blut, sehr viel Blut. Anschläge und Verbrechen reihen sich seit Jahrzehnten aneinander. Im Kampf gegen die Palästinenser, gegen beliebige Araber und auch anderswo. Die Rolle des MOSSAD ergibt sich eindeutig aus dem Platz, den der Staat Israel nicht nur schlechthin ein kapitalistisches Land, sondern auch lange Zeit der nahöstliche Hauptverbündete und die strategische Sturmspitze des jetzt heuchlerisch "Friedenslösungen" vorgaukelnden USA-Imperialismus - im Gesamtkonzept Wa-



shingtons einnahm und noch heute einnimmt. Der MOSSAD ist ein schmutziges und gefährliches Unternehmen, vor dem friedliebende Menschen dringend gewarnt werden müssen.

Der Kölner Journalist Michael Opperskalski hat sich dieser Aufgabe unterzogen und ein gutes, informatives und faktenreiches Buch vorgelegt. Es ist gewollt parteilich und stellt jene reaktionären Kräfte im Dienste des Kapitals an den Pranger, die den Staat Israel beherrschen. Finstere Kräfte, die vergeblich den Eindruck erwecken wollen, sie seien mit den Millionen jüdischen und arabischen Bewohnern Israels, denen unsere ganze Sympathie gehört, identisch.

#### K.S.

Michael Opperskalski. MOSSAD. Israels Auftragskiller und Geheimagenten. UNRAST-Verlag, Münster 1998 ISBN 3-928300-87-3

### Salut an Feliks

Während Jelzin echte oder falsche Zarengebeine zu bestatten pflegt, hat die russische Duma, in der Käufliche und Gewendete die Minderzahl bilden, dieser Tage die Empfehlung ausgesprochen, das nach der siegreichen Konterrevolution von 1991 hastig demontierte Denkmal des großen polnisch-sowjetischen Revolutionärs und Lenin-Mitkämpfers Feliks Dzierzynski in Moskau wiederaufzurichten. Das ist ein erster Sieg über die weißen Bilder- und Schilderstürmer. Dzierzynski, schon 1926 früh gestorben und zuletzt Vorsitzender des Obersten Volkswirtschaftsrates der UdSSR, hat Großes für den Schutz und die Verteidigung des ersten sozialistischen Staates der Welt vollbracht. Er forderte von den Tschekisten - seiner Waffengattung einen kühlen Kopf, ein heißes Herz und saubere Hände.

Warten wir ab, ob und wann das berühmte Monument an seinem traditionellen Platz im Zentrum der Moskwa-Metropole aufgestellt wird. In jedem Falle: Salut an Feliks! Und eines Tages, wenn auch unser Lenin aus der Kiesgrube von Niederlehme herausgehievt wird, heißt es dann wieder: Wladimir Iljitsch grüßt den Gründer der Tscheka. Denn - so lange es auch dauern mag - noch ist nicht aller Tage Abend! R.F.

### **Zur Person**

#### Jewgenij Maximowitsch Primakow

Geboren am 9. Oktober 1929 in Kiew. 1953 Abschluß der Studien am Moskauer Institut für Orientialistik.

1956 Aspirantur an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität. Doktor der Ökonomischen Wissenschaften.

1956 Korrespondent des Staatskomitees für Rundfunk und Fernsehen.

Ab 1962 Tätigkeit in der Abteilung "Länder Asiens und Afrikas" der Zeitung "Prawda" 1970-1977 Stellvertreter des Direktors des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften

Seit 1979 Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften.

der UdSSR.

1989-1990 Vorsitzender des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, Vorsitzender der Interparlamentarischen Gruppe der UdSSR. 1989-1990 Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU.

1991 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR (KGB) - Leiter der 1. Hauptverwaltung

1991-1996 Direktor des Zentralen Aufklärungsdienstes der UdSSR, Direktor der Äußeren Aufklärung Rußlands.

Seit Januar 1996 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation. Seit September 1998 Ministerpräsident der

Russischen Föderation.

(Aus Prawda, Zeitung der KPRF, v. 14.9.1998)

### Cuba - 40 Jahre nach dem Triumph der Barbudos

# Sorge und Solidarität

Soeben komme ich von einer siebenwöchigen privaten Reise nach und durch Cuba zurück. Im "RotFuchs" will ich einige persönliche Eindrücke schildern.

Doch zuvor möchte ich ein ganz heißes "Dankeschön" los werden. Anfang September hatte Medico Dr. Gabriel Ramon, der Leiter des Rehabilitationszentrums "Ernesto Buschmann", das als DKP-Projekt von cubanischen Bauarbeitern und deutschen Brigadisten errichtet wurde, eine dringende Bitte ausgesprochen. Er hatte bei uns angefragt, ob die Möglichkeit bestünde, einem fünfjährigen, an einer lebensgefährlichen Blutkrankheit leidenden Jungen mit einem Medikament zu helfen. das es in Cuba nicht gibt und das in Deutschland sehr teuer ist. Abgesehen von den enormen Kosten des Präparats war es notwendig, es gekühlt zum Empfänger zu bringen. Da mein Reisetermin schon feststand und ich die notwendigen Transportbedingungen erfüllen konnte. wandte ich mich eilig mit Briefen an Freunde, Verwandte und Berliner DKP-Genossen aller Parteigruppen, mir beim Aufbringen des Geldes zu helfen. Ich hatte von fast 3.000 DM auszugehen. Es ist schwer zu beschreiben, welche Gefühle mich bewegten, als ich auf eine beispielhafte Bereitschaft zur Hilfeleistung stieß. Innerhalb von nur drei Wochen war der Betrag aus kleineren und größeren Spenden zusammengekommen, so daß ich unmittelbar vor dem Abflug die lebensrettende Medizin (Neupogen 48) für 2.916 DM besorgen konnte. Das Einverständnis der Spender voraussetzend, werde ich für den bei mir verbliebenen Rest von 364 DM weitere dringend benötigte Medikamente erwerben und sie im Februar 1999 mitnehmen wenn ich als Brigadistin zum Bau unseres neuen DKP-Projekts - einer weiteren Familienarztpraxis - nach Matanzas reise. Es ist nicht leicht wiederzugeben, wie unbeschreiblich groß die Freude der Mutter des kleinen Jose Emilio Soler und wie stark die Anteilnahme von Arzt und Klinikpersonal waren, als ich am 17.Oktober das im Thermobehälter nach Cuba beförderte Präparat überbringen konnte.

Nun aber zu meinem Aufenthalt selbst. Einmal mehr kehre ich begeistert und tief beeindruckt zurück. Nicht jeder wird es gefühlsmäßig nachvollziehen können, daß einer DDR-Bürgerin dort vieles vertraut und wie ein Stück verlorengegangener eigener Heimat erscheint. Obwohl von riesiger Unterschiedlichkeit in Kultur, Geschichte, Temperament und Klima, sind es

doch die ähnlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, das solidarische Miteinander, die menschliche Wärme und das natürliche Selbstbewußtsein, die für mich so vertraut und erstrebenswert sind.

Nach meinem Aufenthalt in Matanzas, wo ich dabei war, als unser Genosse Günter Pohl aus Witten in der Reha-Klinik die von ihm geschaffene Kunstglaserarbeit mit Motiven aus dem revolutionären Leben von Ernst Buschmann übergab, habe ich eine Reise in den Osten des Landes unternommen, nach Oriente, wie diese Region in Cuba heißt. Santiago de Cuba, die beeindruckende Hauptstadt der Provinz, läßt den Besucher allenthalben spüren, daß hier die "Wiege der Revolution" gestanden hat. Immer wieder habe ich den Willen kennengelernt, das Errungene zu verteidigen und dafür weitere Opfer und Entbehrungen auf sich zu nehmen. Dabei sind die Opfer, die gebracht werden müssen, für uns kaum vorstellbar. So habe ich Respekt und Achtung vor den Menschen, die diese unerhört schwierigen Verhältnisse seit Jahren zu meistern versuchen.

Aber auch anderes - mir nicht minder Vertrautes! - erlebte ich dort und mit zunehmenden Sprachmöglichkeiten lerne ich, besser damit umzugehen und nüchterner zu urteilen. In so manchen Gesprächen stellte ich fest, daß nicht wenige Cubaner vor allem jüngere, die den Kapitalismus nicht mehr am eigenen Leibe erlebt haben - recht bizarre Vorstellungen davon besitzen, was er real bedeutet. Capitalismo - das ist für etliche vor allem der Dollar, die Gelegenheit, damit in den "Intershops" einkaufen zu können. Beinahe ein erstrebenswerter Zustand. Oft wurde ich gefragt, wieviel Dollar mir denn monatlich zur Verfügung stünden, und ich wagte es fast nicht, die für Cubaner unfaßbar hohe Summe zu nennen. Denn sie projizieren das, was sie hören, automatisch in die eigene Lebenswelt. Ich bin mir nicht sicher, ob in unseren Unterhaltungen alle verstanden haben oder verstehen wollten, daß es eine solche Vergleichbarkeit von Kapitalismus und Sozialismus einfach nicht gibt. Die Mietgeldfreiheit, die minimalen Kosten für Wasser und Strom. für Gesundheit und Bildung sind den Cubanern so selbstverständlich, daß sie von vielen nicht mehr geschätzt und richtig gewertet werden. Das schleichende ideologische Gift des Dollars aber ist so stark und gefährlich, daß es mir Angst macht, weil ich Ähnliches im eigenen Land erlebt habe.

Ein differenziertes Bild also. Wenn ich ein Fazit meiner jüngsten Reise nach Cuba ziehen soll, bewegen mich vor allem zwei Empfindungen: Sorge und Solidarität. Hinzu kommt die Überzeugung, daß die Mehrheit der Cubanos - auch 40 Jahre nach dem legendären Triumph der Barbudos vom 1. Januar 1959 - das erste freie Territorium Lateinamerikas schützen und bewahren wird. Ich wünsche ihnen - meinen, unseren Freunden und Genossen - dazu von ganzem Herzen Mut und Kraft.

Katrin Hellwig

### HEINZ KAMNITZER:

### Castro zu Ehren

Ich
Bin geladen
Zu ehren
Den Hünen
Auf seiner Insel
Umgeben
Vom feindlichen Meer
Gross
Wie ein Leuchturm
Sendet er
Licht
In die Finsternis

Er ist
Ein Kerl
Nach
Meinem Geschmack
Hisst
Die Fahne der Armen
Jeden Tag
Geht nie
In die Knie
Was auch
Kommen mag

Wenn man
Mich ruft
Companjero
Und Presidente
Castro
Zu ehren
Erhebe ich
Mich
Als Leiche noch
Und melde
Presente!

(Aus: Furcht und Liebe im neuen Reich. GNN-Verlag, 1998)

### Reporterskizzen (8)

# Die Bitte des Konsuls

Meine Abenteuer mit amerikanischen Diplomaten und Geheimdienstlern - oder richtiger: Geheimdienstlern und Diplomaten (denn das zweite waren sie oft nur nach außen hin) - könnten Bände füllen. Als für Kontakte zur Berliner USA-Botschaft zuständiger ND-Ressortleiter verbrachte ich sogar ganze Nächte in ihrer Gesellschaft; dann nämlich, wenn DDR-Offizielle und ausgewählte Journalistenzu "Wahlparties" gebeten wurden, um zeitversetzt und per Monitor mitzuerleben, wie man USA-Präsidenten kürte.

Von aufeinanderfolgenden Botschaftern, Geschäftsträgern oder Räten der Embassy wurde ich bei Stippvisiten hochrangiger USA-Besucher oft sehr kurzfristig und drängend "zu Tische befohlen". Gut erinnere ich mich noch an das Abschiedsessen im kleinsten Kreis, das die gerade zur Unterstaatssekretärin beförderte USA-Missionschefin Rozanne Ridgeway in einem Salon des Hotels Metropol gab. Als Ehrengast nahm auch USA-Senator Joseph Biden von der Demokratischen Partei an dem Diner teil, bei dem mir außer den Diplomaten und diplomatisch gekleideten CIA-Field Officers auch zwei als "Top-Dissidenten" gehandelte Schriftsteller - Rolf Schneider und Stefan Heym - gegenübersaßen. Mr. Biden sandte mir bald darauf - am 16.Juli 1985 - eine im artigsten Stil von Capitol Hill gehaltene Adresse, in der er es "sehr zu schätzen" wußte, daß ich ihm "ein paar Stunden" meiner "kostbaren Zeit geopfert" hatte. Allerdings ging auch dieser oder jener Ami recht hemdsärmelig vor. So der wie ein gut gemästetes Schweinchen aussehende, 1. Sekretär" Mr. Quigley, von dem ich authentisch wußte, daß er durch die USA-Geheimdienstzentrale Langley bezahlt wurde, als er bei mir den Kopf hereinsteckte und energisch "um Unterstützung vor Ort" bei der "Beobachtung" unserer Volkskammerwahlen ersuchte.

Doch eigentlich wollte ich ja etwas ganz anderes erzählen. Weit spannender ging es nämlich zu, als die DDR noch keine diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten unterhielt und bilaterale Kontakte häufig über die USA-Mission in der Westberliner Clay-Allee 170 abgewickelt werden mußten. Dort gab es eine - wie die Amerikaner sagen - "saftige" Sektion Ostfragen, in der nur CIA-Leute arbeiteten. Sie stand zeitweilig unter dem Kommando eines gewissen Alexander Akalovsky, der Mitte 1971 zum Generalkonsul aufrückte und mir des öfteren die Ehre gab. Sein Vorgänger, ein echter Karriere-Diplomat, hieß G. Edward Reynolds. Am 1. April 1969 hatte der meinen ordnungsgemäß eingereichten Antrag auf Einreise in die Vereinigten Staaten mit der in jener Zeit üblichen Floskel abgelehnt, das durch Washington anderswo eingeforderte Recht auf Reisefreiheit erstrecke sich grundsätzlich nicht auf SED-Mitglieder aus der DDR. Damals erkundigte man sich in USA-Fragebögen in einem Atemzug beim Antragsteller nach Drogensucht, Homosexualität und Zugehörigkeit zur "kommunistischen Front".

Wir nahmen die Zurückweisung meines Gesuchs aber nicht kampflos hin. ND-Chefredakteur Rudi Singer, ein gestandener Antifaschist, der schon 1933 das Konzentrationslager Fuhlsbüttel kennengelert hatte, vereinbarte mit Hermann Axen, dem zuständigen ZK-Sekretär, daß ich die USA-Einreiseverweigerung in einem Kommentar attackieren sollte. "Antikommunismus behindert freie Information" hieß die Schlagzeile des Beitrags - den man im heutigen ND auch beinahe täglich drucken könnte. Dazu stellten wir ein Faksimile der Absage des amerikanischen Konsuls Reynolds - mit vollem Briefkopfund Unterschrift. Ich hätte nicht gedacht, daß ausgerechnet dieser Beitrag noch einmal Sammlerwert erlangen sollte

Als ich im Sommer 1971 dann erneut in der Clay-Allee 170 wegen eines Visums zur Berichterstattung über den in Vorbereitung befindlichen Schauprozeß gegen die afroamerikanische Philosophie-Dozentin Angela Davis (sie wurde am 4.Juni 1972 von der Anklage des Mordes, des Menschenraubes und der Verschwörung freigesprochen und lehrt heute in Kalifonien) vorsprach, führte man mich zunächst zu einem rundlichen Endfünfziger. Er wippte in seinem Schaukelstuhl unter dem Sternenbanner. Auf einem Tischchen an seiner Seite bildeten Fotografien seiner noch lebenden und bereits verschiedenen Anverwandten ein stattliches Ensemble. Mein Gegenüber war niemand anderes als G. Edward Reynolds. Der gesprächige Mann erzählte mir, er sei von Haus aus Japanologe und werde in Kürze als USA-Generalkonsul nach Tokio versetzt. Mister Revnolds erkundigte sich ausführlich nach meinen Reiseplänen (ich flog schließlich nach neunmonatiger Wartezeit am 28. Februar 1972 als erster DDR-Reporter zu einem politischen Ereignis außerhalb New Yorks in die USA) und genoß offensichtlich das Schauspiel des Dialogs mit einem leibhaftigen Vertreter der Gegenseite. Aber er behandelte mich nicht als Feind. Nachdem wir so eine Weile parliert hatten, kam der Konsul zur Sache: "Sie haben mich ja im Kreis meiner Kollegen mal sehr berühmt gemacht..." Ich tat, als ob ich nicht wüßte, worauf er hinauswollte.

"Inwiefern, darf ich fragen?" Unumwunden erwiderte der Diplomat: "Sie haben doch damals meinen Brief in Ihrer Zeitung abgedruckt..." Die USA-Mission beziehe leider nur ein nach der Lektüre des Blattes wieder eingesammeltes Exemplar des ND. So habe er es nicht als Erinnerungsstück für sein "persönliches Album" zurückbehalten können. Nun bitte er mich, ihm bei meinem nächsten Besuch in der Clay-Allee eine Originalkopie mitzubringen. "Kein Problem. Mit Vergnügen", gab ich innerlich erheitert zur Antwort, um ernst hinzuzufügen: "Schließen wir einen Pakt, Herr Konsul: Sie bekommen Ihre Zeitung und ich darf damit rechnen, daß Sie sich in Washington für mein Visum einsetzen." (Was Reynolds, der mich zwischen meinen wiederholten Vorsprachen in der Mission durch andere Journalisten auf dem Laufenden hielt und über von Zeit zu Zeit auftauchende Hürden informierte, auch tat.)

Als ich wieder in Westberlin zu tun hatte, suchte ich meinen neuen Bekannten in seinem Dienstzimmer mit Flagge und Familienschrein auf und überreichte ihm die erbetene "Trophäe". Reynolds war augenscheinlich beeindruckt und fragte, ob es mir etwas ausmache, ihm auch noch eine "Widmung" auf den Zeitungsrand zu schreiben. "Amerikaner sind anders", dachte ich, willigte ein und formulierte: "Herrn Konsul G. Edward Reynolds zur Erinnerung an freimütige Gespräche".

Die Idylle sollte indes nicht lange währen. Als der umgängliche Japanologe nach Fernost abgereist war, übernahm der harte CIA-Mann Akalovsky das Zepter in der Mission. Ihm sprühte der Haß nur so aus den Augen, wenn er mit mir sprach. Zuckerbrot und Peitsche, das Angebot von Coffee and Cake und brutalste Drohungen wechselten nun einander ab. Als er mir dann ankündigte, im Falle einer Visaerteilung müßte ich in Kalifornien, wo der Davis-Prozeß stattfinden sollte, mit meiner sofortigen Festnahme rechnen, weil ich den von dort stammenden USA-Vizeverteidigungsminister David Packard wegen der massiven Bombardierung Vietnams im ND einen Mörder genannt hatte, schlug ich knallhart zurück: "Bitte diktieren Sie mir jedes Ihrer Worte. Wir bringen das morgen in unserem Blatt. Sie haben soeben den Korrespondenten einer großen internationalen Zeitung bedroht und einzuschüchtern versucht." Akalovsky wußte, daß er zu weit gegangen war. Es sei doch nur eine Vermutung von ihm gewesen, daß Mister Packard beleidigt sein könnte, wich er zurück. Diese Runde war an mich gegangen.

Klaus Steiniger

RotFuchs/Dezember 1998 Seite 21

### Am Rande bemerkt

☐ Anläßlich des 40. Todestages von Fiodor W. Gladkow am 20. Dezember (21.6.1883-20.12.1958) erinnere ich an diesen Autor. der zu den ersten bedeutenden sowietischen Romanschriftstellern gehört. Er wurde als Sohn eines armen Bauern geboren, war Lehrjunge in verschiedenen Betrieben und einige Jahre als Lehrer tätig. 1906 wurde er Mitglied der SDAPR: wegen revolutionärer Tätigkeit wurde er drei Jahre in die Verbannung geschickt. Während des Bürgerkrieges kämpfte er in der Roten Armee. Seine erste Erzählung "Zum Licht" wurde 1900 veröffentlicht. Die vorrevolutionären Werke Gladkows berichten vom Leben der Dorfarmut, der "Barfüßler" und der Verbannten. Durch den Roman "Zement" erlangte er Weltgeltung. Es war das erste auch literarisch große Werk über den Aufbau der Industrie in der Sowjetunion unter unsagbar schweren Bedingungen. "Zement" war in den 20er Jahren in Deutschland der meistgelesene sowjetische Ro-

Hans Mayer schreibt im Vorwort zur DDR-Ausgabe von 1950 (Verlag Kultur und Fortschritt): "Das Buch machte damals auf uns alle einen unauslöschlichen Eindruck. Es war vor allem eine Erzählung von nachhaltiger seelischer Wirkung beim Leser außerhalb Rußlands. Bei Gladkow erlebte man die ungeheure Problematik des Wiederaufbaus mit allen Triebkräften, aber auch mit allen zu überwindenden Schwierigkeiten. Hier war nichts beschönigt. Der Kampfum den Wiederaufbau und den gesellschaftlichen Neuaufbau war unvorstellbar hart: Auch die Menschen, die ihn zu führen hatten, waren hart oder mußten es werden. In der Epoche, die Gladkowbehandelt, stand man erst in den Anfängen einer Entwicklung, die zum Sozialismus und damit zum Selbstbewußtsein des sozialistischen Menschen überleiten sollte. Vernahmen wir damals voller Neid und Bewunderung von dem Geschehen in diesem Roman, so lesen wir ihn heute mit dem Blick auf die eigenen Tagesaufgaben und verstehen plötzlich besser. Darum ist es wichtig, daß Gladkows , Zement' heute in Deutschland neue Leser findet, Leser, die sich nicht bloß begeistern lassen, sondern imstande sind, zu verstehen, zu lernen und anzuwenden." Indem Roman, Energie" zeigt Gladkow die Massenbewegung der ersten sowjetischen Fünfiahrpläne. Ein autobiographischer Romanzyklus über die Armut im alt-russischen Dorf und im Fischereibetrieb beschließt das Werk

☐ Dringend empfehlen möchte ich in Sachen "Schwarzbuch des Kommunismus" den vor kurzem erschienenen Sammelband ",Roter Holocaust'? Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus", herausgege-

ben von J. Mecklenburg und W. Wippermann im Konkret-Literatur-Verlag (Hamburg 1998, 296 Seiten, 39 DM). 17 Autoren aus Deutschland, Frankreich und den USA widerlegen in ihren Beiträgen die zentrale These von der Vergleichbarkeit (und weitgehenden Gleichartigkeit) des angeblichen kommunistischen "Klassen-Genozids" mit dem nationalsozialistischen "Rassen-Genozid" und setzen sich mit dem Analyserahmen des "Schwarzbuchs", der Totalitarismustheorie, auseinander. Schließlich wird der Geschichtsrevisionismus des "Schwarzbuchs" kritisiert und gezeigt, welche politische Funktion die Relativierung des Holocaust, die Denunziation des Antifaschismus und die Delegitimierung der Linken insgesamt heutigentags hat und

Sicher wird man nicht mit allen Einschätzungen der Autoren einverstanden sein – die wenigsten von ihnen würden sich wohl selbst als Kommunisten bezeichnen –, aber es ist in der Auseinandersetzung mit dem "Schwarzbuch", das inzwischen wenigstens nicht mehr die Sachbuch-Bestseller-Listen anführt, unerläßlich, sich mit einem sehr umfangreichen Themenkomplex vertraut zu machen – und dabei kann dieser Sammelband eine große Hilfe sein.

### BÜCHER-ECKE

☐ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

Moskau – ein fotografisches Porträt der Stadt und ihrer Bewohner. Großformatiger Bildband. 302 Fotos von über 50 Fotografen. Verlag Moskowskij rabotschij, Moskau 1967. 272 S.

Erinnerungen an Konstantin Paustowski. Aus dem Russischen. Mit 6 Fotos. Gustav-Kiepenheuer-Verlag, Leipzig und Weimar 1978. 164 S

Konstantin Paustowski: Jenseits des Regenbogens. Erzählungen. Aus dem Russischen Mit 28 Holzschnitten von E. Willnow. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1978. 570 S.

Anna Seghers: Der Kopflohn (Roman aus einem deutschen Dorf im Spätsommer 1932). Der Weg durch den Februar (Roman). Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1984. 442 S.

Tränen und Rosen. Krieg und Frieden in Gedichten aus fünf Jahrtausenden. Ausgewählt und herausgegeben von A. Roscher. Vorwort von R. Christ. 50 Illustrationen. Ausgezeichnet als eines der "Schönsten Bücher der DDR des Jahres 1965". Verlag der Nation, Berlin 1965. 520 S.

Erich Weinert: Vorwärts! Unsere Zeit beginnt! Eine Auswahl Gedichte, Erzählungen, Skizzen, Reden. Zusammengestellt und eingeleitet von Willi Bredel. Reihe, Kämpfende Kunst". Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, Berlin 1958. 168 S.

Friedrich Wolf: Briefe. Eine Auswahl. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1969. 390 S. W. M.



Am Telefon habe ich ja schon "danke" gesagt für den Kraft und Optimismus spendenden "RotFuchs". Unsere PDS-Basis gruppe trifft sich jeden Monat. Mit Neugier und Interesse wurde der "RotFuchs" betrachtet. Er machte die Runde und ist noch immer auf Wanderschaft. Für meine guten Bekannten habe ich Ablichtungen machen lassen und verschickt. Echo kam, alles war angenommen. Ja, und dann hatte ich einige Artikel auch an unseren "PDS-Blickpunkt" geschickt mit der Ermunterung, sie im Oktober- und November-Heft zu veröffentlichen. Auch hier Erfolg. "Henkel trocken" von K.-E. v. Schnitzler haben sie veröffentlicht, und zwar noch im Oktoberheft. Ich war ja gespannt, ob die sich trauen. Sie trauen sich. Das ist doch gut, oder?

Die 20 DM Krankenhausnotopfer habe ich schon lange verschmerzt. Jetzt soll ich sie wieder zurückkriegen. Da haben wir doch Briefmarkengeld für den "RotFuchs". Ich erlaube mir, den Betrag zu übersenden. Bei Euch ist er gut verwendet. Ich freue mich schon auf den nächsten "RotFuchs". Brigitte Marx, Zörbig, Sachsen-Anhalt

\* \* \*

Es freut mich sehr, daß Ihr Wolfgang Clausner als ständigen Mitarbeiter gewonnen habt. Beutet ihn ordentlich aus - im Interesse des "RotFuchs" und zur Beschwichtigung meines permanenten Unbehagens, nicht aktiver mitmachen zu können. Beiliegende bescheidene Spende hat der Nikolaus bei mir abgegeben.

Ernst-Otto Schwabe, Berlin

\*\*\*

Sehr gefällt mir die Rubrik "Am Rande bemerkt" von W.M. Hinter der Abkürzung vermute ich Wolfgang Metzger, der ja unter den ständigen Mitarbeitern aufgeführt ist. Die Kulturbeiträge aus seiner Feder zeichnen sich immer durch Feingefühlund guten Stil aus. Darüberhinaus entdeckt man auf dieser Seite so manche "Raritäten", die das Interesse am weiteren Nachgraben wecken. Ich finde, daß die Artikel von W.M. zwar unter der bescheidenen Bezeichnung von Randglossen laufen, aber durchaus zum Zentrum der Zeitung gehören.

Heidi Walther, Erfurt

\*\*\*

Es istdoch einfach wunderbar, daßder "RotFuchs" - kaum ein Jahr alt - einen solchen Zuspruch findet. In einer Zeit, in der auch viele kluge und sonst vernünftige Leute bereit sind, entweder den Sozialismus-Gedanken ins Gefrierfach zu legen oder dem Versöhnlertum der PDS zu folgen, widerlegt Ihr die Behauptung, es bestünde nur noch bei alten Ewiggestrigen Bedarf an der Beschäftigung mit der kommunistischen Idee. Und wenn die Interessentenzahl weiter so wächst, scheint mir die gegenwärtig günstigste Methode, unsere Sache "am Kochen" zu halten, eben diese Zeitung zu sein. Was soll da eine Bestimmung des Charakters von Kleinzeitungen - wichtig ist doch nur, daß sie an- und abgenommen werden.

Gerda Klabuhn, VAF Reinickendorf

Seite 22 RotFuchs/Dezember 1998

Mit großer Freude habe ich der jüngsten Ausgabe entnommen, daß mein langiähriger Kollege, der stellvertretende Chefredakteur der DDR-Wochenzeitung, "horizont" Wolfgang Clausner, sich den "RotFuchs"-Schreibern zugesellt hat. Herzlich willkommen! Er wird ganz sicher nicht der Letzte gewesen sein, der seine Waffe - wie Majakowski die Feder der Schreibenden nannte - in den unerbittlich vor sich gehenden Klassenkämpfen der Gegenwart im "RotFuchs" einsetzt. Einmal mehr hat die letzte Nummer gezeigt, daß unsere von Ostberliner Kommunisten ins Leben gerufene Zeitschrift in knappeinem Jahr zu einem Forum von Kommunisten und Sozialisten aus der ganzen Bundesrepublik geworden ist, zu dessen Grundsätzen die Vertretung eines klaren marxistisch-leninistischen Standpunktes gehört. Von diesem Weg darf sich der "RotFuchs" auf keinen Fall abbringen lassen.

# Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Rickenbach/Baden-Württemberg

#### \* \* \*

Laut ADN sprach sich Justizsenator Körting gegen eine Beendigung der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern aus, da, die juristische Aufarbeitung eher zur Schuldfeststellung als zur Bestrafung geführt" habe.

Nach dem Einigungsvertrag darf von der Justiz der BRD nur dann ein früherer DDR-Bürger verfolgt werden, wenn gegen ihn am 2.Oktober 1990 0.00 Uhr ein Strafverfolgungsanspruch der DDR auf der Grundlage ihrer Verfassung und Gesetze bestanden hat. In keinem der bisherigen Prozesse konnte den Angeklagten im Verlauf der Beweisaufnahme eine Schuld in diesem Sinne nachgewiesen werden. Das Gegenteil ist der Fall: So stellte die 29. Kammer beim Landgericht Berlin vor kurzem sogar ausdrücklich fest, der Angeklagte habe sich nach DDR-Recht nicht strafbar gemacht. Sie verurteilte ihn dennoch zu zweieinhalb Jahren Gefängnis! Die Staatsanwaltschaft II unterschlug alle entlastenden Materialien, zu deren Herbeischaffung sie nach § 160 (2) StPO verpflichtet gewesen wäre.

Die Äußerungen des SPD-Senators machen deutlich: Die gegen DDR-Bürger geführten Prozesse sind nichts anderes als politische Abrechnung mit der DDR.

Amnestie ist übrigens keine Lösung des Problems, da sich die Betroffenen nicht schuldig gemacht haben. Deshalb mußein Strafverfolgungsbeendigungsgesetz für alle DDR-Bürger her, die auf der Grundlage von DDR-Recht und -Gesetz gehandelt haben.

#### Klaus Feske, Berlin

#### \* \* \*

Herzlichen dank für Eure Zeitung "RotFuchs", die ich heute mit großer Freude entgegennehmen konnte. Ihr seid ja wirklich schneller als die Feuerwehr. Gestern bestellt und heute geliefert. Endlich wieder mal ein Blatt, das man auch in Bayern mit Interesse lesen kann. Ich freue mich, daß es Eure Zeitung gibt. Keine andere in Deutschland spricht die Wahrheit über den Kommunismus und seine Anhänger so deutlich aus wie Ihr. Ich wünsche Euch weiterhin viele Erfolge und lege 100 DM für Eure weitere Aufklärungsarbeit bei. Mach weiter so - "RotFuchs"!

### Michael Räthel, Nersingen

#### \*\*\*

Was tun? Für den "RotFuchs" spenden, der ist großartig. Der politische Inhalt und die journali-

stische Qualität müßten eine andere, größere Leserschaft erreichen. Die Rede von Pfarrer Dr. Frielinghaus zur Preisverleihung an Fidel ist eine große Befriedigung zu lesen und wird als Anlage meiner ganzen Post zum Jahresende beigefügt. Cuba ist heute der Gradmesser für jeden.

Kleines Futter für den "RotFuchs" und solidarische, freundschaftliche Grüße

#### Prof. Dr. Dr. Fred Müller, Berlin

#### \* \* \*

Bisherbinichnoch garnicht dazu gekommen, alles zu lesen. Aber das, was ich schon geschafft habe, hat's in sich, um's mal so auszudrücken: Karl-Eduard, Eike Kopf, Rainer Rupp, Wolfgang Clausner, die beiden S.R.-Artikel und die "Azorianischen Abenteuer". Auch daß der Mut des französischen Majors Bunel gewürdigt wird, gefällt mir sehr gut. Und geradezu begeistert hat mich die Rede von Pfarrer Frielinghaus wegen ihrer Klarheit und ihres tiefen Internationalismus. Sie zählt in dieser Hinsicht für mich zum Besten, was ich in den letzten Jahren gehört oder gelesen habe. Ich kenne von diesem "Mann Gottes" bisher nur diese Rede, nehme ihn aber gleich als einen Beweis mehr zu dem, was ich wegen einiger Pfarrer, die ich im Gefängnis und in der Antiraketenbewegung kennengelernt habe, denke: daß dieser Teil der Kirche, wie klein oder groß er auch sein mag, eine wichtige und zuverlässige Kraft im Kampf für Frieden und Fortschritt ist. Werner Hoppe, Hamburg

#### \*\*\*

Den Artikel von Klaus Steiniger auf S. 6 des "RotFuchs" vom November '98 mußte ich mehrfach lesen. Da ich davon ausgehe, daß ein politischer Redakteur und ein schreibender Politiker auch eine Botschaft rüberbringen will, habe ich versucht, den Kern dieser Botschaft zu finden. Daß ein französischer NATO-Stabsoffizier das Leben vieler vom Bombardement der NATO betroffener Serben retten und - wie Major Bunel es selbst ausdrückte - auch einen Krieg zwischen der NATO und Serbien verhindern wollte, ist eine ehrenwerte Sache und verdient Anerkennung. Wares dazunötig, sich auf Geheimdiensttätigkeit einzulassen oder wäre nicht eine Information an die französische bzw. die europäische Öffentlichkeit ein wirkungsvollerer Schritt gewesen? Ich erinnere an den Darmstädter Kreis bundesdeutscher Offiziere - jene Soldaten in Uniform oder Generale der Bundeswehr, welche die Friedensbewegung belebten, weil sie die aggressive NATO-Ostpolitik nicht mittragen wollten. Bekanntlich haben in Frankreich Kommunisten durch ihre mutigen öffentlichen Aktionen gegen den Indochina-Krieg und den Algerien-Krieg weltweites Echo ausgelöst und einen Beitrag gegen Krieg und Kriegsverbrechen geleistet. Ich verurteile Major Bunel nicht wegen seiner Tat, meine aber, daß solche noch so gut gemeinten Einzelaktionen nicht dazu beitragen, eine breite Öffentlichkeit für die längst überfällige Auflösung

der NATO herbeizuführen.
Meiner Ansicht nach hätte das die Botschaft eines kommunistischen Journalisten sein müssen. Auch die Aufforderung z.B. an die Soldaten, Einsatzbefehle in fremden Ländern abzulehnen. Die selbstlosen Kämpfer der "Roten Kapelle" und so mutige Genossen wie Heinz Keßler, Willi Belz und andere haben vor ihrem Schritt in die Reihen der Roten Armee selbst im Faschismus noch antimilitaristische Arbeit geleistet.

Aus der Intention des Artikels lese ich jedoch

heraus: Leistet Geheimdienstarbeit und ihr seid die wahren Helden. Dazu allerdings kann ich nicht sagen: Bravo, Klaus.

#### Peter Dürrbeck, Braunschweig

#### Bemerkung des Redakteurs:

Raymonde Dien und Henri Martin, die sich den Kolonialkriegen Frankreichs in Indochina und Algerien widersetzten, waren junge Kommunisten und wurden von einer Massenbewegung getragen. Major Bunel, vermutlich kein Linker, sondern ein Karriere-Stabsoffizier, isteine Einzelgestalt, die offensichtlich in einen persönlichen Gewissenskonflikt geriet und aus diesem heraus handelte. Er war kein Geheimdienstagent der Serben und nahm für seine mutige Tat - die eine Verzögerung nicht duldende Information über NATO-Bombenziele in Serbien - kein Geld. Die Verhältnisse sindunvergleichbar. Das Fazit des Genossen Dürrbeck greift deshalb zu kurz. Mit voller İberzeugung wiederhole ich: Bravo, Maior Bunel!

#### Klaus Steiniger

\*\*\*

Erst habe ich gestutzt, dann habe ich schallend gelacht, dann habe ich nachgedacht. Spießern und Lobhudelnden, Weihrauchschwenkenden, feindlich Gesinnten reißt Rolf Vellay mit seinem Gedicht "Mieser Typ" die Maske vom Gesicht. Die herrliche Grafik von Arno Fleischer mit dem listig lächelnden Brecht unterstreicht Vellays Anliegen. Ein weißer Rabe schenkt uns hoffentlich noch mehr von seinem Können.

Danke "RotFuchs", daß Du das "rote Lachen" wieder zum Leben erweckst. Wir brauchen es so dringend. In einer Zeit, da Helden wie Rainer Rupp und Major Bunel, die tausenden und abertausenden von Menschen das Leben gerettet haben, hinter Gitter geworfen werden, weil sie der NATO durch ihre Taten die Tour vermasselten und zur Berechenbarkeit gefährlicher Situationen beitrugen, müssen wir uns auf unsere Kraft besinnen

Stets haben uns auf unserem Weg Menschen wie Vellay begleitet, die uns lehrten, wie man das Wort gebrauchen muß.

"Glück auf"

#### Gretel Neumann, Dresden

#### \*\*\*

Ich kann die Berliner Genossinnnen und Genossen zum "RotFuchs" - unserer Zeitschrift - nur beglückwünschen. Er ist eine echte ostdeutsche Ergänzung zur UZ. Aber das kann ja nur im Sinne der Partei sein. Könnte man die Zeitungnicht noch stärker für den Aufbau der DKP in den neuen Ländern nutzen? Denn wenn bei uns nicht bald was passiert, sieht es für die DKP als Bundespartei nicht rosig aus. Die Präsenz der Partei im Osten müßte rasch gesteigert werden. Hier sollte der Parteivorstand unbedingt nachhaken. Wir sehen uns alle am 10. Januar 1999 bei der Kampfdemo für Rosa und Karl.

#### Rolf Weinhold, Hoyerswerda

#### \*\*\*

Wenn der "RotFuchs" bei mir eintrifft, dann bleibt erst einmal alles andere liegen. Einem sofortigen informellen Durchblättern und Überfliegen der einzelnen Beiträge folgt dann am Nachmittag (in Ruhe und bei einer Tasse Kaffee) das gründliche Lesen.

Meine Meinung auch zur November-Ausgabe: Eine inhaltsreiche, anspruchsvolle und unverzichtbare linke Zeitung, die ich gern weitergebe. Herzlichen Dank den Herausgebern und Autoren und alles Gute für 1999. Einer der "Mitleser", Hubert Bachhofen aus NRW, schrieb mir kürzlich: "Der 'RotFuchs' ist eine Wucht. Die Zeitung wird mir bei meiner Arbeit sehr helfen". (Anbei 20 DM in Briefmarken)

Hans Fricke, Rostock

#### \*\*\*

Seit dem Sturz ins "Bodenlose" sind acht Jahre vergangen. Das Recht auf Arbeit ist von Arbeitslosigkeit ersetzt worden, Zukunftsgewißheit durch Existenzangst. Das Leben ist geprägt von Kälte und Hast. Mit jedem Arbeitsschritt, den man tut, verbindet sich der Gedanke: "Machst du auch keinen Fehler?!" Hätte der doch unweigerlich den Rausschmiß zur Folge.

Ich muß mich jetzt von jungen glatten Chefs herumkommandieren lassen. Aus einer gestandenen und erfahrenen Sekretärin ist eine Büro-Allroundkraft oder - besser gesagt - ein Mädchen für alles geworden. Seit der Konterrevolution ist das jetzt schon meine sechste Stelle. Oder soll ich das neue Wort, "Job" benutzen? Die Arbeit macht keinen Spaß mehr. Sie hat aufgehört, erstes Bedürfnis zu sein. Wenn ich morgens aus dem Haus gehe, sind meine Gedanken schon beim verdienten Feierabend. Meine Zeit ist knapp bemessen. Ich rackere, um mein Pensum zu schaffen, täglich bis zu zehn Stunden.

Noch immer bin ich froh und glücklich und es geht ein Aufatmen durch meinen Körper, wenn die U-Bahn in östliche Gefilde einfährt. Hier ist mein Zuhause. Auch auf die Gefahr hin, als Nostalgikerin abgestempelt zu werden, gestehe ich freimütig: Es sticht mir im Herzen, wenn ich über die Gertraudenbrücke laufe und meinen Blick nach links wende. Dort, wo meine einstige Wirkungsstätte war - das weiße Haus des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik -, gähnt nur noch Leere. Die Eroberer haben es abgerissen. Mir tut das weh. Von dem Schlag, daß auch mein Staat ausgetilgt wurde, werde ich mich wohl nie erholen. Aber da ist ein Funken Hoffnung in mir: Ich spüre, daß es so nicht ewig bleiben kann. Irgendwann werden die Menschen begreifen, daß sie ihr Land einfach weggeworfen haben. Eingetauscht gegen Bananen, Technik und Reisen. Was ist besser eine sichere Existenz, die Wärme und Geborgenheit der DDR oder die glitzernde Fassade des Westens? Ich muß mir die Frage nicht stellen. Für mich ist sie längst beantwortet.

Ich habe Sehnsucht, große Sehnsucht nach einem "Gespenst". Dem des Kommunismus. Die Überzeugung, daß aus dem Phantom eines Tages Wirklichkeit wird, daß wir zu Menschlichkeit und Miteinander zurückfinden, gibt meinem Tun einen Sinn. Dafür will ich leben.

**Bärbel, Berlin** (Der volle Name ist der Redaktion bekannt)

#### \*\*\*

Die Zeitung "RotFuchs" Nr.10 ist pünktlich in Dessau eingetroffen. Dafür unseren herzlichsten Dank. Ich möchte diese Zeilen zum Anlaß nehmen, um dem gesamten Redaktionskollektiv an der Schwelle des neuen Jahres für die geleistete kluge und ideenreiche Arbeit zu danken. Der "RotFuchs" bereitet uns nicht nur jeden Monat große Freude, sondern ist für uns zugleich auch eine wertvolle Waffe im Klassenkampf.

Anbei 20 Marken zu 1,10 DM.

Karl Hertel, Dessau

Liebe Genossen, nach wie vor freue ich mich über jeden "RotFuchs" sehr und bedanke mich für die Übersendung. Anbei eine kleine Briefmarkenspende.

Lydia Männchen, Berlin

#### \*\*\*

Wenn Fred Bruder in seiner Zuschrift an die UZ (16.11.1998) eine Unterrepräsentation "sogenannter ostdeutscher Themen" (warum sogenannter?) und einen Mangel an Autoren aus unserer Region nicht bemerken konnte, so bin ich da anderer Meinung. Nur ein Beispiel: In der UZ-Ausgabe vom 2.Oktober 1998 waren von 53 Beiträgen nur ganze drei, die Ostdeutschland betrafen. Auch in den nachfolgenden Ausgaben erschienen nicht mehr Artikel zu ostdeutschen Problemen. Ist das nicht doch eine gewisse Unterrepräsentation, Genosse Bruder? Nach wie vor trifft die Feststellung der 2.Tagung des Parteivorstandes zu, daß die UZ eine typisch westdeutsche Publikation ist.

Im "RotFuchs" (November-Ausgabe) stellt nun Genosse Bruder in seiner Zuschrift zum "Beitrittsgebiet" getitelten Kommentar die Frage, welchen Sinn und Zweck die Polemik des Autors gegen die Äußerung einer namentlich nicht genannten Genossin verfolge. Diese hatte davon gesprochen, man könne der DKP als einer bereits fertigen Partei lediglich beitreten und dürfe nicht die Erwartung hegen, daß sie sich durch den Zustrom von DDR-Genossen verändere. Für mich sind Sinn und Zweck dieses Artikels klar und deutlich ausgedrückt worden. Es geht hier doch nicht um juristische Spitzfindigkeiten, ob "Beitritt" oder "Eintritt", sondern darum, daß auch unsere Erfahrungen Berücksichtigung finden müssen. Als einstiger DDR-Bürger und Mitglied einer kommunistischen Partei (früher SED - jetzt DKP) habe ich seit dem Beitritt der DDR zur BRD schon genügend negatives Lehrgeld zahlen müssen. Wenn Genosse Bruder mit dem Inhalt des Kommentars nicht einverstanden ist, dann sollte er das klipp und klar sagen. Ich jedenfalls bin der Meinung: Wer so argumentiert, wie die Genossin auf der Mitgliederversammlungam 22.9.98, festigt nicht die Einheit der Partei, sondern errichtet Hemmnisse für die weitere Entwicklung der DKP in Ostdeutschland. Ich bin gespannt auf die Positionen, die zum 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR im kommenden Jahr bezogen werden. An dieser Frage könnten sich die Geister scheiden.

Hans Kopistecki, Frankfurt/Oder

#### \*\*\*

Vielen herzlichen Dank für den "RotFuchs", den ich von Euch seit Oktober 1998 erhalte. Die Zeitung ist das Beste, was ich seit 1990 an aktueller marxistischleninistischer Lektüre zu lesen bekommen habe. Vielen Dank allen Genossen, die an dieser Zeitung mitarbeiten. Sie gibt moralische Kraft und ist eine wertvolle Hilfe für die tägliche politische Arbeit. Wir, die Kommunisten der DKP-Gruppe Dresden, bemühen uns, den politischen Einfluß in unserem Territorium zu erhöhen und weitere Mitstreiter für die Partei zu gewinnen. Ein erstes Ergebnis ist, daß wir seit Oktober '98 unsere Mitgliederzahl verdoppeln konnten.

30 DM als Unterstützung für den "RotFuchs". Hartmut Steinke, Dresden

#### \*\*\*

Es ist immer wieder eine Freude, Euren "Rot Fuchs" zu lesen. Hier werden Dinge beim Namen genannt, die andere nicht auszusprechen wagen. (Auch das ND nicht!) Der Mann vom "Schwarzen Kanal", Karl-Eduard v. Schnitzler, versteht es

auch heute noch, dem Imperialismus die Maske vom Gesicht zu ziehen. Soz.B. in Bezugaufdie primitiven Versuche, Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen.

Mich widert es an, wenn ich überall "Nationalsozialismus" statt Faschismus lesen und hören muß - die gleiche Bezeichnung, wie sie die Nazis zu ihrer Zeit gebrauchten. (Der Zweck ist eindeutig: Die heute Herrschenden und deren Medien wollen den sogenannten Nationalsozialismus in die Nähe des Realssozialismus rücken, um dem Volk zu suggerieren, beide Systemeseien ähnlich, wenn nicht sogar gleich,) Sie wollen davon ablenken, daß die Wurzeln des Faschismus einzig und allein im Kapitalismus/Imperialismus liegen. Dimitroff hates ja eindeutig definiert: Faschismus ist die terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meisten nationalistischen, am meisten chauvinistischen Kräfte des Finanzkapitals (Es gibt leider auch Linke, die diese Erkenntnis zu verwässern suchen!). Die Rede von Pfarrer Dr. Frielinghaus über das sozialistische Cuba ist einzigartig. In keinem anderen - auch linken - Blatt finde ich eine Entlarvung oder eindeutige Verurteilung der US-Blockade, die geradezu verbrecherisch und keineswegs "freiheitlich-demokratisch" ist. Fidel Castro und das cubanische Volk werden deshalb bestraft, weil sie sich den Herrschenden der USA nicht unterordnen und nicht zulassen, daß die ehemaligen Zuckerrohrmultis wieder das Sagen haben. Das Verhalten der Imperialisten gibt noch immer Lenin recht. Ulrich Huar hat dessen Imperialismustheorie zutreffend beschrieben. (November-Heft '98)

#### Joachim Kaschig, Berlin-Kreuzberg

#### \*\*\*

Liebe Genossen des "RotFuchs", ich möchte Euchmeinen Dank für diese ausgezeichnete kommunistische Parteizeitung übermitteln. Es ist die beste linke Zeitung, die es gegenwärtig gibt. Ich wünsche Euch für die Zukunft stets zündende Ideen und vor allem beste Gesundheit.

Anbei wieder eine kleine Spende von 25 Mark in Briefmarken. Manfred Schmidt, Leipzig

#### \*\*\*

Ich danke für die regelmäßige Zusendung des "RotFuchs", der mir wegen seiner klaren Parteinahme für den Sozialismus sehr sympathisch ist. Anbei einige materielle Dinge, ohne die jader beste Wille nichts vermag.

Horst Lebrecht, Berlin

#### \*\*\*

Kürzlich erlebte ich mit meiner Frau in Allrode/Harz in einem ehemaligen FDGB-Ferienheimeinen preiswerten Urlaub. Bei unseren Ausflügen besuchten wir auch Bad Suderode. Zur Mittagszeit kehrten wir in der Gaststätte "Weintraube" ein. Wir waren überrascht und fühlten uns um 10 Jahre zurückversetzt. Anden Wänden die DDR-Staatsflagge, ein Bild Ernst Thälmanns, Pionierkleidung, Urkunden aus DDR-Zeiten, Souvenirs, Bücher von Marx, Engels und Lenin, ein Wandteller von den Kampfgruppen der Arbeiterklasse und eine große Puppe mit der Uniform eines Volkspolizisten.

Die Speisekarte wurde in einer Glückwunschmappe mit DDR-Enblem gereicht. Preise - wie zu DDR-Zeiten. Roulade mit Kartoffeln und Gemüse zu 5,95 DM, paniertes Schnitzel mit Pommes Frites für 5,15, Bauemfrühstück 3,95, eine HO-Schnitte (Schnitzel, Brotund Ei) für 3,85. Ein Glas Bier 1,80 DM, ein Glas Apfelsaft 1,10 DM. Solltet Ihr mal in die Gegend von Bad Suderode kommen, kann ich Euch das gutgeführte Lokal nur empfehlen.

Karl-Heinz Reinhardt, Leipzig

### 🥦 Herzliche Glückwünsehe 🎉

Am 5.Januar 1999 begeht unser verdienter Genosse

# Dr. sc. Sigmar Eßbach

seinen 70. Geburtstag.

Als Hochschullehrer auf dem Gebiet der Rehabilitationspädagogik und in anderen Tätigkeiten hat er zur Stärkung der DDR beigetragen. Heute nimmt er im Rahmen der DKP Nordost und als ständiger Mitarbeiter des "RotFuchs" am Kampf gegen die reaktionäre Rückwende in Deutschland teil. Wir wünschen diesem standhaften Kommunisten von Herzen Mut und Kraft.

**DKP Nordost** 

Herzliche und solidarische Grüße gehen an den treuen Kämpfer der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung

Genossen

### Willi Armbrust,

ehemaliger stellvertretender Minister der DDR und langjähriger Mitarbeiter des ZK der SED, der am 11.Januar 1999 seinen

75. Geburtstag begeht.

Wir wünschen ihm vor allem die weitere Stabilisierung seiner Gesundheit und fühlen uns mit ihm auf das engste verbunden.

**DKP** Nordost

Herzliche Glückwünsche der Gruppe Nordost gehen an den besonders in der Betriebs- und Solidaritätsarbeit bewährten

### Genossen Heinz Wiefering

der am 23. Dezember sein 50. Lebensjahr vollendet.

Herzlich gratuliert der "RotFuchs" unseren Autoren Dr. Günter Szalkiewicz und Lena Andrä, sowie Helga und Knut zum Geburtstag.

# Vor 80 Jahren im Klassenkampf gefallen

Karl und Rosa - unvergessene Helden des deutschen Proletariats





In Einklang mit der Zukunft

Ein frohes Neues Jahr allen "Rot Fuehs"-Lesern!

#### Rotfuchs im Internet

http://home.t-online.de/home/DKP-Berlinno oder http://jns.de/DKP-Berlinno

eMail: dkp-berlinno@t-online.de

# Frohe Weihnachten wünscht euch allen die DKP Nordost



#### IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Berlin-Nordost

ViSdP.: Dr. Klaus Steiniger Teterower Ring 37 12619 Berlin Tel. (030) 56 13 404

Layout: K. Uwe Langer

Ständige Mitarbeiter:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock,
Wolfgang Clausner
Dr. Sigmar Eßbach,
Dr. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer,
Walter Florath,
Katrin Hellwig,
Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Prof. Dr. Eike Kopf,
Wolfgang Metzger,
Rainer Rupp,

Harry Schmitt, Karl-Eduard v. Schnitzler, Anatoli Shinin (SHAHAR) Dr. Hartwig Strohschein,

Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.